Reihe Zeitgeschichte und Politik – Nr. 9

VÖGB ÖGB Internationales Referat International Department

Marcus Strohmeier

Über die Geschichte der Slowakischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung

EUROPEAN UNION
European Regional Development Fund

bmask
BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES UND KONSUMENTENSCHUTZ

Trh práce+ Arbeitsmarkt+ ÖGB

creating the future
Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit SLOWAKEI - ÖSTERREICH 2007-2013
Program cezhraničnej spolupráce SLOVENSKÁ REPUBLIKA - RAKÚSKO 2007-2013

Die Reihe Zeitgeschichte und Politik wird herausgegeben von Marcus Strohmeier im Auftrag des Verbandes österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Bewegungen.

Diese Broschüre erscheint im Rahmen des österreichisch-slowakischen Projekts „Gemeinsamer Arbeitsmarkt – Gemeinsame Zukunft“ (Arbeitsmarkt+).

IMPRESSUM

Text: Marcus Strohmeier
Fotos: Archiv der Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsbünde (KOZ), Archiv der sozialen Bewegungen (ADSB)
Gestaltung: Katharina Bruckner
Wien 2014, 1. Auflage

INHALT

4 Vorwort

5 Die Frühzeit der Bewegung und die Revolution von 1848

7 Im Kampf um den Aufbau eigener Arbeiterorganisationen

16 Exkurs: Der „Slowaken-Streik“ von Pennsylvania

19 Die Slowakei in der Tschechoslowakischen Republik

22 Exkurs: Die slowakische Räterepublik

25 Unterdrückung und Widerstand im Slowakischen Staat

30 Die Nachkriegszeit und kommunistische Machtübernahme

32 Der Prager Frühling und die Hoffnungen auf Demokratie

35 Die samtene Revolution von 1989 und die Spaltung des Landes

38 Die Rolle der Gewerkschaften in der neuen demokratischen Slowakei

VORWORT

Das Entstehen der slowakischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ist außerhalb des Landes weitgehend unbekannt. Und selbst in der Slowakei ist durch die politischen Umbrüche im Winter 1989/1990 das Erinnern an diese wichtigen sozialen Bewegungen, bewusst oder unbewusst, in den Hintergrund gerückt. Grund dafür ist u.a., dass die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung zu oft pauschal mit dem untergegangenen kommunistischen Regime gleichgesetzt wurden.

Diese Entwicklung erscheint aber höchst ungerecht, waren es doch vor allem die Arbeiterinnen und Arbeiter, die für eine unabhängige Slowakei kämpften, bzw. in den dunklen Jahren des Faschismus das Gros des Widerstandes stellten. Auch in der heutigen demokratischen Slowakei spielen die Gewerkschaften eine sehr wichtige Aufgabe, gilt es doch, den sozialen Frieden zu sichern und den Wohlstand auszubauen.

Von besonderem Interesse für die Leserin und den Leser könnte auch die Tatsache sein, dass die Slowakei historisch nicht, wie gemeinhin angenommen wird, ein reiner Agrarstaat war, sondern seit dem Mittelalter der wohl ökonomisch bestentwickelte Teil Ungarns. Hier befanden sich die Bergwerke wie auch die Metallverarbeitung des ungarischen Teils der Donaumonarchie. Nach der Machtübernahme der Kommunisten machte das Land weitere große Veränderungen durch und wurde Produktionsort von riesigen Schwerindustriekombinaten. Auch heute prägen Großbetriebe wie zahlreiche neue Autofabriken die ökonomische Basis der Slowakei.

Die Broschüre bietet nicht nur einen Überblick über das Entstehen und die Wirkung der Gewerkschaften und anderer Strukturen der Arbeiterbewegung, sondern auch einen allgemeinen historischen Einblick in das für viele EuropäerInnen so unbekannte Land.

In den Anfangsjahren der slowakischen ArbeiterInnenbewegung gibt es auch zahlreiche Verbindungen mit der österreichischen Bewegung, und auch seit der Revolution von 1989 sind die Gemeinsamkeiten und Kooperationen zwischen den Gewerkschaften in Österreich und der Slowakei sehr intensiv. Letztlich ist diese erste Abhandlung über die slowakische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung auch ein Produkt eines gemeinsamen österreich-slowakischen Projektes.

Für das Zustandekommen der Publikation sei der Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsbünde (KOZ SR), hier vor allem dem Fotoarchiv, gedankt. Ebenso gilt der Dank des Autors Mag.a Maria Rathgeb und Dr. Peter Autengruber für das Lektorat.

Marcus Strohmeier
Internationaler Sekretär und Leiter
des internationalen Referats des ÖGB

Die Frühzeit der Bewegung und die Revolution von 1848

Bereits im Jahr 896 verloren die Slawen östlich der Donau (Slowaken) ihre Selbstbestimmung, die sie bis dahin im Großmährischen Reich genossen. Von diesem Zeitpunkt an befanden sie sich bis 1918 unter ungarischer Herrschaft. Ab dem 11. Jahrhundert erlebte der slowakische Landesteil Ungarns einen großen Aufschwung. Das Handwerk und vor allem der Bergbau führten zu einer rasanten Entwicklung und zu gewissem Reichtum. Seit dem 14. Jahrhundert galten slowakische Metalle in ganz Europa als die qualitativ hochwertigsten, und etwa einhundert Jahre danach war die Slowakei der wichtigste Kupferproduzent der Welt. Aufgrund dieser Vergangenheit zählte die Slowakei später zu den industriell bestentwickelten Gebieten Ungarns, denn schon seit dem Mittelalter bestanden dort Arbeiter und somit ein Proletariat.

Nachdem die Habsburger 1526 die ungarische Krone erhielten, die meisten Teile Ungarns sich aber unter osmanischer Herrschaft befanden, waren die Gebiete der heutigen Slowakei und Kroatiens die einzigen Territorien Ungarns, über die Österreich herrschte. Vor allem Bratislava (Pressburg) profitierte von der osmanischen Okkupation Budapests und erlebte als neue ungarische Krönungs- und Hauptstadt einen bisher ungekannten Aufschwung. Die Politik der absolutistischen Habsburger änderte sich auch nicht, nachdem die gesamten ungarischen Gebiete wieder in ihrer Hand waren. Die Regierung ging gegen jegliche Form der Demokratisierung brutal vor. Spitzel von Kanzler Metternichs Geheimdienst waren an Wirtshaustischen und Arbeitsplätzen allgegenwärtig. In diesem Zustand der permanenten Unterdrückung war es daher verständlich, dass die Menschen in der Monarchie große Hoffnungen in die Ideen der bürgerlichen Gleichheit oder die nationalen Gleichstellung setzten.

Besonders stark waren diese Gedanken unter den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Slowakei verbreitet. Die slowakische Arbeiterbewegung durchlebte im Vormärz ihre erste illegale Blütezeit. In den Bergbau- und Metallverarbeitungsbetrieben in der Mittelslowakei, besonders in Banská Štiavnica und Banská Belá, bildete sich eine neue Klasse in der vorrevolutionären biedermeierlichen Gesellschaft. Alleine in diesen beiden Orten waren mehr als 4.000 Arbeiter tätig. In den größeren Städten wie Bratislava und Košice, wo noch das Handwerk dominierte, bildeten sich die ersten Gesellenvereine und andere fortschrittliche

Gruppen innerhalb der Zünfte. Mit großem Enthusiasmus blickten die Slowaken daher auf die im März 1848 beginnende Revolution in Ungarn. Unter dem Anführer Lajos Kossuth wurde die Herrschaft der Habsburger beendet und eine vermeintlich liberale Regierung in Budapest eingesetzt. Jedoch entgegen allen Erwartungen zeigte die neue ungarische Verwaltung kein Interesse für die nationalen Bestrebungen der anderen Völker im Land.

Besonders enttäuscht von der Revolution waren die slowakischen Arbeiter in der Mittelslowakei. In einer Petition der slowakischen Bergleute an Regierungschef Kossuth wurde die bisherige soziale Ungerechtigkeit unter der Habsburger-Herrschaft aufgezeigt und um Verbesserungen gebeten. Ein ungarischer Kommissär verhandelte zwar im Auftrag der Budapester Regierung mit den Arbeitern, aber außer einem kleinen Zugeständnis, der Auszahlung der Löhne alle zwei Wochen, konnte kein Fortschritt erzielt werden. Im Gegenteil, die slowakischen Arbeiter, die sich zahlreich zur revolutionären Nationalgarde gemeldet hatten, wurden des Verbandes wieder verwiesen. Die bewaffneten Kräfte sollten ausschließlich in der Hand der ethnischen Ungarn und unter Kontrolle des ungarischen Adels bleiben. Die Angst vor einer erstarkenden slowakischen Arbeiterschaft und deren Zusammenarbeit mit anderen nationalen Kräften war groß. Auch wurde Budapest von seinen Mittelsmännern darüber informiert, dass sich unter den Arbeitern, besonders den Bergleuten, sozialistisches Gedankengut breit mache. Dies führte dazu, dass die bourgeoise ungarische Regierung noch hellhöriger gegenüber den Slowaken wurde.

Der Führer der revolutionären slowakischen Nationalbewegung Ľudovít Štúr konnte sich mit diesen Entwicklungen nicht abfinden und ging auf einer Sitzung der slowakischen Nationalversammlung am 10.Mai 1848 in Liptovský Mikuláš in die Offensive. Hier wurden die „Forderungen der slowakischen Nation“ beschlossen und sogleich öffentlich gemacht. Es handelte sich bei den zwölf Grundforderungen um Bürgerrechte wie u.a. demokratische Gleichheit und Freiheit, allgemeines und gleiches Wahlrecht, Pressefreiheit und eine Landreform. Den Ungarn wurde außerdem die Freilassung der beiden slowakischen Patrioten Janko Kráľ und Ján Rotarides, die sich zuvor für die Befreiung der Bauern eingesetzt hatten, abverlangt.

Die Regierung in Budapest reagierte auf diese Liste in ungewohnt scharfer Art und Weise. Nicht nur Haftbefehle gegen Štúr und andere Führer der Nationalbewegung wurden ausgestellt, sondern auch über weite Teile der Slowakei das Standrecht ausgerufen. Štúr und seine Mitstreiter Jozef Miloslav Hurban und Michal Miloslav Hodža mussten in den österreichischen Monarchieteil flüchten. In Wien beschloss der im August 1848 gebildete Slowakische Nationalrat eine nationale Erhebung in der Slowakei, die tatsächlich am 19. September begann. Unter reger Anteilnahme der Ar-

beiterschaft wurden Teile der Westslowakei der ungarischen Bevormundung entrissen. Jedoch nur zehn Tage darauf gelang es den ungarischen Streitkräften, sämtliche aufständischen Gebiete wieder unter Kontrolle zu bringen. Abermals wurde das Standrecht ausgerufen und die Verfolgung von Štúr und seinen Mitkämpfern erneut aufgenommen. Um den Widerstandswillen des slowakischen Volkes ein für alle Mal zu brechen, nahmen die Ungarn zur Abschreckung öffentliche Hinrichtungen vor. Dennoch, viele Slowaken, vor allem die Jugend des Landes, ließ sich nicht einschüchtern. Man schloss sich der österreichischen Armee an und beteiligte sich, aufgrund eines Versprechens des österreichischen Kaisers nach mehr Autonomie, an der Rückeroberung der revolutionären ungarischen Territorien.

Trotz des großzügigen Angebots der Österreicher wurden nach Niederschlagung der Revolution die slowakischen Gebiete wieder an Ungarn angeschlossen, wodurch die Verbitterung der Menschen groß wurde. Die Möglichkeit, nun slowakischsprachige Schulen errichten zu dürfen, konnte den grundsätzlichen Verrat der Habsburger nicht vergessen machen. Der Kaiser ging nun vehement gegen alle Revolutionäre und im Besonderen gegen die Arbeiterbewegung vor, auch sämtliche nationalslowakische Bestrebungen wurden weiterhin von Budapest aus unterdrückt. Ľudovít Štúr stellte am Ende der Revolutionszeit 1848/49 prophetisch fest, dass diese Politik für Österreich letztlich nur zum Untergang führen kann. Aber zu diesem Zeitpunkt gelang es den Habsburgern noch einmal, die völlige Kontrolle über ihren Staat zu übernehmen. Zu den großen Verlierern der Revolution von 1848 zählten nicht nur die meist bürgerlichen Aufständischen, sondern auch die mitkämpfende Arbeiterschaft. Die Führer der jungen Arbeiterbewegung wurden auf dem Gebiet der gesamten österreichischen Monarchie verfolgt und oftmals hingerichtet. Nur langsam konnte sich die Bewegung von diesen schmerzhaften Verlusten erholen.

Im Kampf um den Aufbau eigener Arbeiterorganisationen

Ab dem Jahr 1849 herrscht in Österreich wieder ein absoluter Monarch. Mit Kaiser Franz Joseph kommt ein junger dynamischer allerdings streng konservativ denkender Habsburger an die Macht. Er betrachtete die Arbeiterschaft als große Gefahr, und so wird gerade die Arbeiterbewegung weiterhin planmäßig an einer organisatorischen Weiterentwicklung gehindert. Der Widerstandswille der slowakischen Arbeiter lässt sich aber dennoch nicht brechen, schon 1851 kommt es zu Unruhen unter den Berg- und Hüttenarbeitern in Spišská Nová Ves, Gelnica, Smolník und anderen Orten. Grund des Unmutes sind Preiserhöhungen und die noch immer starke Massenarbeitslosigkeit. Der österreichische Geheimdienst stellt in einer Notiz fest, dass diese Tumulte durch sozialistische Parolen angefeuert wurden und dass hier „Kommunistische Randalierer“ am Werk waren.

Als die Verwaltung im Herbst 1852 die einzige Errungenschaft der Arbeiter während der Revolution, die zweimonatliche Lohnauszahlung, wieder abschaffen möchte, bricht in Banská Štiavnica ein Aufstand aus. Dieser weitet sich auch auf andere Bergbaustädte der Slowakei aus, bleibt aber letztlich auch erfolglos. Erst nach zähen Verhandlungen gelingt es 1854, die Lohnauszahlungen wieder alle vierzehn Tage durchzusetzen. Sehr selten gibt es überhaupt Erfolge der nur illegal existierenden Arbeiterbewegung. Einer dieser Fälle ist der erfolgreiche Streik der Schmiede in Medzev wo 1866 eine Lohnerhöhung von 20 Prozent erkämpft werden konnte. Grundsätzlich blieb den Arbeitern ein legales Vereinsleben untersagt. So wurde der Verein der Schriftsetzer in Bratislava wie auch die Gründung eines Gesangs- und Wandervereins der Gesellen 1850 in Košice verboten. Die Angst der Behörden war groß, dass aus Westeuropa, vor allem Großbritannien und Frankreich kommend, kommunistische Vereine auch in Österreich Filialen gründen könnten.

Erst das Vereinsgesetz von 1867 öffnete auch für die Arbeiterschaft ein dringend notwendiges Ventil. So wurde als erster legaler Arbeiter-Hilfsverein die Gesellschaft der Schriftsetzer am 24. Juli 1867 in Bratislava gegründet. Diesem Beispiel folgten noch viele andere Arbeitervereine, besonders in der Hauptstadt der Donaumonarchie wurden zahlreiche Organisationen geschaffen. So konstituierte sich am 29. März 1868 in Wien der 1. Tschecho-slawische Arbeiterverein, in dem auch zahlreiche slowakische Werktätige eintraten. Auf slowakischem Gebiet bildeten sich viele Hilfsvereine, vor allem Krankenkassen, im Bereich der Handwerksbetriebe. In Bratislava und Košice waren es die Schuhmacher, Schneider und Bäcker, die zu den Pionieren im Bereich der Arbeiterorganisationen zählten. Diese gegenseitigen Hilfsvereine waren aber nicht im Sinne der sozialistischen Ideen errichtet worden, sondern basierten mehrheitlich auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe und den Grundsätzen der Anhänger von Schulze-Delitzsch. Der Deutsche Ökonom galt als der Urvater der Genossenschaftsbewegung und legte darauf Wert, dass die Vereinigungen, die seiner Idee folgten, stets unpolitisch blieben.

Vergeblich versuchten die Slowaken auf ihre missliche Lage während der Habsburger-Monarchie hinzuweisen

Anders war es aber um den ersten Arbeiterbildungsverein in Bratislava bestellt. Die am

1. Februar 1869 gegründete Organisation hatte mehrheitlich die Gedanken des deutschen Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle im Hinterkopf. Da politische Vereine nach wie vor strengstens untersagt waren, konnte die Agitation der Sozialdemokraten ohnehin nur sehr versteckt erfolgen. Der Gründervater des neuen Arbeitervereins, der sich selbst den Namen Napred (Vorwärts) gab, war der deutschsprachige Tischlergeselle Karl Hanslitschek. Von Anfang an war ihm die politische Ausrichtung des Vereins von großer Wichtigkeit. Auf der ersten öffentlichen Arbeiterversammlung der Slowakei (gleichzeitig auch Ungarns) am 29. März 1869 wurde ganz offen Stimmung für die sozialistischen Ideen gemacht. Bemerkenswert war, dass die ganze Veranstaltung in drei Sprachen, nämlich slowakisch, deutsch und ungarisch abgehalten wurde. Dies zeigt, mit welcher Selbstverständlichkeit die junge slowakische Arbeiterbewegung ihre multiethnischen Wurzeln offen zur Schau stellte. Gäste des Treffens waren drei bekannte Wiener Sozialisten: Andreas Scheu, Konrad Gross und Hermann Hartung. Im Beisein der prominenten Genossen wurde auch ein sozialdemokratisches Programm nach dem Vorbild Lassalles von der Menge angenommen. Dieses offene Bekenntnis zum Sozialismus führt in Folge zum Austritt jener Vereinsmitglieder, die nicht diesem politischen Pfad folgen wollten. Die ehemaligen Mitglieder gründeten sogleich einen neuen Selbsthilfeverein mit dem Namen „Svornost – Eintracht". Diese Vereinigung existierte aber nicht sehr lange, und nach deren Auflösung kamen viele Arbeiter wieder zum ursprünglichen Verein „Napred – Vorwärts" zurück.

Für den Bratislaver Arbeiterverein war es allerdings nicht einfach zu agieren, die Behörden versuchten mit immer neuen Schikanen die Tätigkeit der organisierten Arbeiterbewegung zu unterbinden. Auch Karl Marx erfuhr von den ständigen Repressionen in der Slowakei und berichtete darüber am IV. Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation (I. Internationale) 1869 in Basel: *„Wird die Arbeiterbewegung so in dem zisleithanischen Österreich verfolgt, so wird sie offen und schamlos gehetzt in Ungarn. Über diesen Punkt liegen dem Generalrat die zuverlässigsten Berichte von Pest und Pressburg vor. Ein Beispiel der Behandlung der ungarischen Arbeiter seitens der Behörden genüge. Herr von Wenckheim, Königlicher Minister des Inneren in Ungarn, befand sich gerade bei der ungarischen Delegation in Wien. Die Pressburger Arbeiter,*

***Karl Hanslitschek**. Tischlergeselle aus Bratislava und Begründer des ersten Arbeiterbildungsvereins (Vorwärts) der Slowakei*

welche seit Monaten keine Versammlungen mehr abhalten dürfen und denen sogar untersagt wurde, ein Fest zu veranstalten, dessen Reinertrag dem Gründungsfonds einer Krankenkasse zufallen sollte, sandte vor einigen Tagen mehrere Arbeiter darunter den bekannten Agitator Niemtzik nach Wien, um bei dem Herrn Minister des Inneren Beschwerde zu führen. Es kostete Mühe, Zutritt zu dem hohen Herrn zu erhalten, und als sich endlich das ministerielle Zimmer öffnete, wurden die Arbeiter von dem Minister in einer allem Anstand widersprechenden Weise empfangen: ´Sind Sie Arbeiter? Arbeiten Sie fleißig?´ fragte der Minister, indem er die dampfende Zigarre im Mund herumdrehte. ´Nun, weiter haben Sie sich um nichts zu bekümmern. Sie brauchen keine Vereine, und wenn Sie Politik treiben, so werden wir Mittel dagegen wissen. Ich werde gar nichts für Sie tun. Mögen die Arbeiter immerhin murren!´
Auf die Frage, ob also alles der Willkür der Behörden überlassen bleibe, antwortete der Minister: ´Ja unter meiner Verantwortung.´ Nach langen vergeblichen Auseinandersetzungen verließen die Arbeiter endlich den Minister mit der Erklärung: ´Da die staatlichen Verhältnisse die Lage der Arbeiter bedingen, so müssen sich die Arbeiter mit Politik beschäftigen, und sie werden es tun.´"

Auf einer geheimen Versammlung von Vertretern verschiedener sozialdemokratischer Vereine aus ganz Österreich-Ungarn am 14. November 1869 in Bratislava sprach man sich entschieden für das Eisenacher Programm der Sozialdemokratie aus und

***Andreas Scheu**, bekannter österreichischer Sozialdemokrat und Mitglied der Arbeiterinternationale. Er half den slowakischen Arbeiterinnen und Arbeitern beim Aufbau von Organisationen.*

beschloss, politisch noch stärker unter den Arbeitern zu agitieren. Ab dem Jahr 1870 war das Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm sogar ein Strafbestand, und es kam in Wien zum bekannten Hochverratsprozess gegen bekannte Führer der österreichischen Arbeiterbewegung. Durch die damit verbundene anhaltende Verfolgung wurden die internationalen Kontakte des Vereins „Napred – Vorwärts" stark eingeschränkt. Vor allem seit der Flucht von Andreas Scheu, der wohl der wichtigste Mittelsmann zwischen der Arbeiterschaft in Wien und Bratislava war, waren die Verbindungskanäle in den österreichischen Teil der Monarchie großteils unterbunden.

Auch wenn die Obrigkeit mit allen Mitteln versuchte, eine Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung zu unterbinden, gelang es dennoch in zahlreichen Orten, wo slowakische Arbeiter tätig waren, Organisa-

tionsstrukturen aufzubauen. So entstand 1869 in Budapest ein Arbeiterverein, dessen politische Erklärung in tausendfacher Ausfertigung in slowakischer, deutscher und ungarischer Sprache erschien. Ebenso vereinigten sich im Dezember 1870 tschechische und slowakische Arbeiter in der ungarischen Hauptstadt zu einem Tschechoslowakischen Verein. Die international denkenden Arbeiter trotzten der von Budapest seit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, beschlossenen Magyarisierungspolitik. Besonders die Slowaken litten unter dieser Politik, waren doch sämtliche Beamte verpflichtet, im Dienst nur noch ungarisch zu sprechen. Auch im Schulbereich gab es nur in wenigen Volksschulen die Möglichkeit, slowakisch zu verwenden. Sämtliche höhere Bildungseinrichtungen waren ausschließlich in ungarischer Sprache zugänglich. Der Anpassungsdruck führte dazu, dass das Gros der slowakischen Oberschicht meist nur noch ungarisch sprach, während dagegen vor allem die Arbeiter die slowakische Sprache weiter pflegten.

Karikatur der vergeblichen Arbeitervorsprache beim ungarischen Innenminister Wenckheim am 1. August 1869.

Immer wieder machte die slowakische Arbeiterschaft auf sich aufmerksam, in dem zahlreiche Proteste und Streiks, vor allem in Budapest, organisiert wurden. Erfolgreich waren unter anderem die Arbeitsausstände der slowakischen Bauarbeiter in der ungarischen Hauptstadt. Auch in den slowakischen Gebieten schritt indessen der Aufbau von Strukturen weiter fort. So erschien im April 1876 in Košice die erste Arbeiterzeitung der Slowakei, das „Sozial-Oekonomische Volksblatt". Die Leser waren aber nicht sehr zufrieden mit der eher unpolitischen Blattlinie, und so wurde die Wochenzeitung schon nach einigen Monaten wieder eingestellt. Dem politischen Willen aber wollten die Košicer Arbeiter dennoch Ausdruck verleihen und gründeten im Juli 1877 einen eigenen Arbeiterbildungsverein in der Stadt. 1879 erschien dann in Bratislava eine klar sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeiterzeitung unter dem Titel „Die Wahrheit" (diese slowakische Zeitung gibt es bis heute unter dem Namen „Pravda"). Diese Zeitung, unter Leitung des Vorwärts-Funktionärs Hanslitschek, wurde ab 1880 auch eines der Zentralorgane der zuvor gegründeten Allgemeinen Arbeiterpartei Ungarns.

Viele Hoffnungen hatten auch die aus einigen Städten der Slowakei kommenden Vertreter beim Gründungskongress der Sozial-

demokratischen Arbeiterpartei Ungarns im Dezember 1890. Dem Vorbild der Österreichischen Sozialdemokratie folgend, vereinigten sich an diesem Parteitag sämtliche zuvor existierenden Arbeiterparteien und Vereine zu einer starken gemeinsamen Kraft. Im Gefolge der Parteigründung fand im April 1891 in Budapest eine erste Sitzung der Slowakischen Sozialdemokratie statt. Dort wurde unter anderem der Beschluss gefasst, für die bevorstehenden Feierlichkeiten zum Ersten Mai eine eigene slowakischsprachige Broschüre herauszugeben. Bei den im Jahr zuvor stattgefundenen Maifeiern beteiligte sich die slowakische Arbeiterschaft sehr aktiv. In Bratislava kam es am 1. Mai 1890 zu einer Protestkundgebung für den Achtstundentag, in Liptovský Mikuláš stellten die Lederarbeiter ihre Arbeit ein und verlangten erfolglos ebenfalls eine Arbeitszeitverkürzung. Auch der am 1. Mai stattgefundene Lohnstreik der Bauarbeiter in Bardejov wurde ein Misserfolg. In vielen anderen Orten der Slowakei konnten aufgrund massiver Militär- und Polizeipräsenz keine Maifeiern stattfinden. Dennoch war der erste Erste Mai ein nachhaltiges Lebenszeichen der slowakischen Arbeiterbewegung.

Wenn auch die Kämpfe am 1. Mai 1890 nicht siegreich waren, so brachte das Jahr 1890 dennoch entscheidende Neuerungen für die slowakische Arbeiterbewegung. Im Juni des Jahres gründeten Töpferarbeiter in Bratislava die erste slowakische Gewerkschaftsorganisation. Im Juli 1890 beschlossen die Zimmermädchen ebenso

Einladung
an alle
Arbeiter & Arbeiterfreunde Preßburgs
zu der
am Ostermontag Nachmittags 2 Uhr im städt. Casino abzuhaltenden
Arbeiterversammlung,
in welcher die Arbeiter Groß, Hartung ꝛc. aus Wien, sowie Ihrlinger und Szmolényi aus Pest als Gäste anwesend sein werden.
Freien Eintritt und freies Wort hat Jedermann.
Das Comité
des Pressburger Arbeiterbildungsvereins.
Zu dem am selben Tage um halb 8 Uhr Abends zu Ehren der Gäste stattfindenden Geselligkeits-Kränzchen haben nur Mitglieder bei Vorzeigung ihrer Karten Zutritt.

Einladung zur ersten öffentlichen Arbeiterversammlung der Slowakei am 29. März 1869.

eine eigene Gewerkschaft aufzubauen und im August organisierten sich die Schuhmacher und im Herbst 1890 schließlich auch die Steinmetze in Bratislava und Košice. Neben der Gewerkschaftstätigkeit entwickelte sich auch die sozialdemokratische Bewegung mit großem Schwung. In den Partei- wie auch ersten Gewerkschaftszeitungen Ungarns wurde nun viel über die Arbeitskonflikte und das Vereinsleben in den slowakischen Landesteilen berichtet. Um die Agitation unter den slowakischen Arbeitern verstärken zu können, wurde von der Parteileitung beschlossen, ab dem 1. Mai 1897 mit der „Nová doba“ (Neuen Zeit) eine erste slowakischsprachige Arbeiterzeitung in Budapest herauszugegeben. Auf den Parteitagen der ungarischen Sozialdemokratie waren zwar stets slowakische Delegierte anwesend, es wurde auch über die Probleme in den slowakischen Gebieten diskutiert, aber am generellen nationalistischen Kurs der ungarischen Sozialdemo-

kratie ändert dies nur wenig. Nur unter großem Druck und Drohungen gelang es 1902, einen eigenen Vollzugsausschuss der Partei für die Slowakei durchzusetzen. In Folge fand im Oktober 1904 die erste Gebietsberatung der slowakischen Sozialdemokraten in Bratislava teil. Im Juni 1905 fand schließlich ein eigener Parteitag der Slowakischen Sozialdemokratie statt, bei dem die organisatorische Selbständigkeit von der ungarischen Mutterpartei verkündet wurde. Beim zweiten Parteitag im März 1906 wurde, nach Verhandlungen mit der Sozialdemokratie Ungarns, beschlossen, offiziell, mit Zustimmung der Ungarn, einen eigenen „Slowakischen Vollzugsausschuss der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Ungarns" zu gründen. Kurz darauf erschien auch die erste Ausgabe der slowakischen Arbeiterzeitschrift „Napred" in Bratislava.

Die Organisierung der Gewerkschaften entwickelte sich in Ungarn rund um die Jahrhundertwende sehr dynamisch. So gelang es beim ersten ungarischen All-Gewerkschaftskongress die meisten der zahlreich im Land existierenden Betriebsgewerkschaften, Arbeitervereine, etc. in eine einheitliche Grundstruktur zu bringen.
Ein Beweis der dadurch entstandenen Stärke war die von Februar bis Juni 1903 andauernde Streikbewegung in Bratislava. Durch die enge Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaften wurden branchenübergreifend Arbeitsniederlegungen in der ganzen Stadt durchgeführt. Mehrere tausend Arbeiter beteiligten sich an den Streikaktionen, bei denen Lohnerhö-

NOVÁ DOBA

Nová doba – Die Neue Zeit. Die erste sozialdemokratische Arbeiterzeitung die ab 1897 auf slowakisch erschien.

hungen und Arbeitszeitverkürzungen im Mittelpunkt standen. Die Kraft der Bewegung war offensichtlich so stark, dass in manchen Betrieben erst gar nicht gestreikt werden musste. So stimmte z.B. die Unternehmensleitung der Raffinerie Apollo den Forderungen der Arbeiter ohne den normalerweise notwendigen Kampfmaßnahmen zu. Dank der guten organisatorischen Vorbereitungen wie auch der Solidarität unter den Werktätigen konnte in der Slowakei erstmals ein großer Erfolg für die gesamte Arbeiterbewegung erzielt werden.

Gestärkt durch großen Zuspruch unter den Arbeitern versuchte auch die slowakische Sozialdemokratie die neu gewonnene Stärke zu nutzen und brachte die ungarische Mutterpartei unter Druck. Bei einer Besprechung im Oktober 1904, bei der slowakische Arbeitervertreter aus Bratislava, Trnava, Malacky, Žilina, Wien und Budapest anwesend waren, wurde festge-

legt, in Hinkunft regionale Partei- und Gewerkschaftsgründungen nicht mehr mit der Parteiführung in Budapest abzusprechen. Die ungarische Sozialdemokratie reagierte auf diese Autonomiebestrebungen sehr erbost, die Parteileitung beschuldigte die slowakischen Genossen, dass *„sie die Grundlage des großen Kampfes der sozialdemokratischen Partei nicht verstehen."* Während in der österreichischen Sozialdemokratie Verständnis für die nationalen Interessen herrschte, verblieb die ungarische Partei streng auf nationalistischem Kurs. Das mangelnde Problembewusstsein gegenüber der Nationalitätenfrage im ungarischen Reichsteil stärkte die Etablierung rein slowakischer Partei- und Gewerkschaftsstrukturen. In einem Aufruf der slowakischen Sozialdemokraten wurde daher gefordert: *„Die slowakische Nation hat das Recht auf slowakische Schulen, auf das slowakische Gerichtswesen, auf die slowakische öffentliche Verwaltung, und das genauso wie andere Nationen in Ungarn auch, d.h. wie die Ungarn, Serben, Ruthenen, Kroaten, Slowenen, Rumänen und Deutschen. […] Wir hegen keinen Hass gegenüber den Ungarn, aber gleichzeitig verzichten wir auch nicht auf unsere natürlichen Rechte."*

Trotz aller Unstimmigkeiten zwischen den Nationen blieb die ungarische Arbeiterbewegung dennoch für die Erreichung der grundlegenden politischen Forderungen, vor allem dem allgemeinen Wahlrecht und dem Achtstundentag, geeint. Am 23. Mai 1912 wurde ein Generalstreik der Arbeiterschaft in Budapest für das Wahlrecht durch

Titelbild der Zeitschrift „Raspel" zum 1. Mai 1900.

das Eingreifen mordender Polizei- und Militärverbände unterdrückt. Der als „blutigroter Donnerstag" berühmt gewordene Tag, an dem so viele Menschen ihr Leben verloren hatten, führte in der Slowakei, vor allem in Bratislava und Košice, zu spontanen Solidaritätsdemonstrationen für die Opfer der gerechten Proteste. Den Ausschreitungen folgte eine noch größere Unterdrückung von Strukturen der Arbeiterbewegung, im Frühjahr 1914 verfügte die Regierung in Budapest, die ohnedies schon beschränkten Bürgerrechte weiter einzugrenzen. Die Stimmung in Ungarn wie auch in der ganzen Monarchie war aufgrund der vorherrschenden undemokratischen Politik höchst gespannt. Große Arbeitslosigkeit und Hunger unter den ausgebeuteten Arbeitern

brachten Österreich-Ungarn an den Rand einer sozialen Explosion.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wendete sich für einen Moment das Blatt, eine patriotische Welle erfasste auch weite Teile der Sozialdemokratie. Während die slowakischen Arbeiterblätter die imperialistische Kriegspolitik heftig kritisierten, verfügte die Budapester Parteileitung eine Einstellung der Antikriegspropaganda. Die ungarische Parteizeitung „Nepszava" (Volksstimme) begann in den Tagen nach der Kriegserklärung an Serbien über die slawischen Barbaren, vor allem gegen die Russen, zu hetzen. Als dann aber auch die slowakische sozialdemokratische Presse, nachdem Budapest urgiert hatte, ebenfalls in den patriotischen Kanon verfiel, wendeten sich viele Arbeiter von der Partei und ihren Organisationen ab. Die Ablehnung gegen den Krieg wie auch die anhaltende nationalistische Politik Ungarns führte dazu, dass die Masse der slowakischen Arbeiter sich von ihrem Staat endgültig distanzierte. Die Revolution vom Februar 1917 in Russland motivierte die Arbeiterschaft, auch in der Slowakei wieder aktiv etwas gegen Krieg und Ausbeutung zu unternehmen. Der 1. Mai 1917 wurde zum Signal für Streiks und Proteste im ganzen Land. In Slovinky, Nové Zámky, Lučenec, Trenčianske Biskupice, Banská Bystrica, in den Bergbaugebieten von Rožňava, Pohorelá, Košice, Handlová und an vielen anderen slowakischen Orten fanden Arbeitsniederlegungen statt. Durch einige Zugeständnisse, wie u.a. die Lockerung der Zensur, gelang es den ungarischen Behörden, die aufständische Bewegung einzudämmen und die Menschen zur Rückkehr an die Arbeitsplätze zu überreden. Nichts aber änderte sich an der ablehnenden Haltung der Arbeiter gegenüber dem Staat und als bei einer Sozialdemokratischen Friedenskonferenz im neutralen Schweden am 26. und 27. Juni 1917 der Tschechische Sozialdemokrat Gustav Habrman die Gründung eines selbständigen Staates der Tschechen und Slowaken proklamierte, entstand auch viel Sympathie seitens der slowakischen Arbeiter für diesen Plan.

Während der Monarchie waren die Arbeitsbücher ein wichtiges Instrument der Unterdrückung der Arbeiterschaft. Mit Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik wurden diese sofort verboten, später allerdings vom totalitären Slowakischen Staat wieder eingeführt.

Von großer Wichtigkeit für die Entwicklung während des Weltkrieges war auch der Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Russland. Noch mehr als zuvor liefen ganze Kompanien slowakischer Soldaten auf die russische Seite über. Das nun kommunistische

Russland unterstützte auch sofort die Bestrebungen der Tschechen und Slowaken nach nationaler Unabhängigkeit und half bei der Organisierung ersten Konferenz der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie Ende November 1917 im Kiewer Exil. Der ausbleibende Erfolg an den Fronten und der schonungslose Umgang mit den letzten Ressourcen der Donaumonarchie verlangte von den Menschen in der Heimat zahlreiche Entbehrungen. Der zunehmende Hunger und die Ausbeutung der Arbeiter in der Kriegwirtschaft führten im Jänner 1918 von Wien ausgehend zu einer landesweiten Welle von Aufständen und Arbeitskämpfen. Ein letztes Mal gelang es Österreich-Ungarn, auch diese Bewegung, wiederum durch Zugeständnisse an die Arbeiterschaft, zu beruhigen. Am Untergang der Monarchie konnte dies aber auch nichts mehr ändern. Das Ende des Staates war zunehmend absehbar und unter diesem Einfluss erklärten Vertreter der Tschechen und Slowaken am 30. Mai 1918 in Pittsburg/USA die Gründung einer eigenen Tschechoslowakischen Republik, wobei dem slowakischen Landesteil eine gewisse Autonomie zustehen sollte. Mit der Auflösung der Frontlinien im Herbst 1918 und der kurz darauf folgenden Abdankung des Kaisers wurde am 28. Oktober 1918 der lang gehegte Wunsch nach einem eigenen tschechoslowakischen Staat Wirklichkeit. In Prag wurde die Republik ausgerufen, und auch für die Slowakei sollte damit eine neue demokratische Ära beginnen.

EXKURS: Der „Slowaken-Streik“ von Pennsylvania

Die wirtschaftliche und demokratische Stagnation im ungarischen Teil der Monarchie vor und nach der Jahrhundertwende führte in den slowakischen Gebieten zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit wie auch der Hoffnungslosigkeit unter den Menschen. Für viele slowakische Familien boten die vorhandenen Möglichkeiten und die anhaltende nationale Unterdrückung keine zufriedenstellenden Zukunftsperspektiven. Deshalb versuchten Hunderttausende ihr Glück in der so genannten „Neuen Welt“. Die Auswanderungsbewegung in die Vereinigten Staaten nahm seit den 1870er Jahren riesige Ausmaße an. Von den rund 2,5 Millionen Slowakinnen und Slowaken, die auf dem Territorium der heutigen Slowakei lebten, wanderten zwischen 1870 und 1924 rund 650.000 Menschen in die USA aus. Ein gigantischer Aderlass, da es sich vor allem um junge Leute mit oft guter Ausbildung handelte.

Nicht wenige von ihnen suchten und fanden Arbeit in den Kohlerevieren der USA. Die slowakischen Arbeiter waren dort sehr beliebt, weil sie oft Berufserfahrung aus den slowakischen Bergwerken mitbrachten. Da es in der Slowakei aufgrund der arbeitnehmerfeindlichen ungarischen Politik kaum Organisationen der Arbeiterschaft gab, fehlte es an einer entsprechenden Tradition zur Organisierung. Somit traten slowakische Bergleute nur sehr selten in die amerikanischen Gewerkschaften ein.

Trotz der Beteiligung der Zuwanderer bei verschiedenen Protestbewegungen (z.B. Streik der slowakischen Arbeiter in Bessemer/Pennsylvania im Jänner 1886 unter der Führung von Štefan Stanek) erfolgte eine massive Beteiligung der slowakischen Arbeiterschaft erst beim großen Streik in Westmoreland County/Pennsylvania.

In den Kohlebergwerken des Westmoreland Bezirks war die Unterdrückung der Arbeiter seit jeher groß. Eine eigene Werkspolizei, die so genannte „Kohle und Eisenpolizei" sorgte dafür, dass beim geringsten Zeichen von Unmut mit starken Repressalien von der Unternehmensseite reagiert wurde. Seit dem Jahr 1900 baten die Arbeiter immer wieder um Erhöhung ihrer Löhne bzw. um eine Anpassung an das Lohnniveau der Kohlezechen der Umgebung. Auch war eine der Forderungen, die bisher unentgeltlich geleisteten Tätigkeiten, wie das Wasser-Auspumpen, Schlacke aus den Stollen befördern und Gleise für die Förderbahn legen, endlich ausbezahlt zu bekommen. All das wurde von der im Bezirk fast alle Minen beherrschenden Firma „Keystone Coal an Coke" strikt abgelehnt. Jene, die als Sprecher der Arbeiter auftraten, wurden entlassen und mussten mit ihren Familien sofort die betriebseigenen Wohnungen verlassen.

Als im Frühjahr 1910 das Unternehmen die Löhne um 16 Prozent kürzte und die Mitarbeiter dazu verpflichtete, neue Sicherheitslichter und anderes Zubehör selbst zu finanzieren, hatten die Arbeiter endgültig genug. Am 9. März 1910 riefen sie offen zum Streik auf und baten die bisher vom Betrieb ausgeschlossene Vereinigte Amerikanische Minengewerkschaft (UMWA) um organisatorische Unterstützung. Der vor Ort aktive UMWA-Vizepräsident Van Bittner war ein hervorragender Organisator und mit seiner Unterstützung gelang es bereits am ersten Tag, 400 der rund 15.000 streikenden Arbeiter für die Gewerkschaft zu gewinnen. Einhundert neue Gewerkschaftsmitglieder wurden von der Unternehmensleitung umgehend entlassen. Sie sollten mit ihren Familien das Werksgelände sowie ihre Wohnungen verlassen. Diese Repressalien verstärkten aber die Gegenwehr der Streikenden. Da rund 70 Prozent aller Mitarbeiter in der „Keystone Coal and Coke" Minengesellschaft slowakischer Abstammung waren, ging der Arbeitskampf als „Slowaken-Streik" in die Geschichtsbücher der US-Arbeiterbewegung ein. Der hohe Anteil von Slowaken spiegelte sich aber zunächst nicht im Streikkomitee wider. Dort dominierten neben englischsprachigen Iren vor allem Zuwanderer aus Deutschland. Durch Vermittlung der Gewerkschaft wurden im Laufe des Streiks, entsprechend ihrer Stärke, immer mehr Slowaken ins Leitungskollektiv aufgenommen.

Von Beginn an gelang es der Gewerkschaft, den Streik in den USA bekannt zu machen. Aufgrund der legitimen Forderungen der Streikenden und der reaktionären Haltung des Unternehmens, formierte sich breite Unterstützung. Neben Organisationen der Arbeiterbewegung aus den ganzen

USA trugen zahlreiche christliche Verbände dazu bei, den Arbeitern und deren Familien das Überleben zu sichern. Berühmt wurde vor allem die Unterstützung durch die Frauenrechtlerin und Freundin der Arbeiterbewegung Mary Harris Jones, besser bekannt unter dem Namen „Mother Jones". Sie kümmerte sich gezielt um die Familien der Streikenden. Da alle Arbeiter, die sich am Streik beteiligten, umgehend ihre Werkswohnungen verlassen mussten, wurden in einer einmaligen Kraftanstrengung der Gewerkschaft 25 Zeltstädte errichtet. Tausende Menschen fanden darin eine neue, behelfsmäßige Unterkunft.

Der massive Produktionsausfall von rund 45 Prozent führte zum Entschluss der Unternehmensleitung, rechtlich gegen die Streikenden vorzugehen und darüber hinaus tausende Streikbrecher, vor allem aus Osteuropa, im Unternehmen aufzunehmen. Die kampfentschlossenen Arbeiter versuchten darauf hin, den Zugang zu den Minen wie auch zum Werk zu blockieren. Schließlich führten arbeitnehmerfeindliche Gerichtsbeschlüsse zum Einschreiten der Bundespolizei und zu regelrechten Schlachten mit den Streikenden. Insgesamt wurden während des sechzehn Monate anhaltenden Streiks 16 Menschen getötet. Davon waren sechs streikende Arbeiter, neun Frauen von Streikenden und ein unbeteiligter Mann. Die Streikdauer und die Uneinsichtigkeit der Minengesellschaft waren eine außerordentliche Belastung für die Arbeiter und deren Familien. Die Gewerkschaft UMWA versuchte, so lange es ihr möglich war, den Arbeitsausstand zu finanzieren, musste aber, nachdem der gesamte Streikfonds in Höhe von einer Million Dollar aufgebraucht war, die Unterstützung der Streikbewegung einstellen. Am 1. Juli 1911, nach sechzehn Monaten Streik, gaben die Arbeiter schließlich auf und mussten sich den Bedingungen der Arbeitgeber unterwerfen. Beinahe alle streikenden Arbeiter konnten in die Minen zurückkehren und ihrer Beschäftigung weiter nachgehen. Allerdings verfügte die Minengesellschaft über Aufzeichnungen, die zur Entlassung von 400 Arbeitern, die zu den Aufrührern gezählt wurden, führten. Obwohl der Arbeitskampf mit einer Niederlage endete, war er dennoch ein positives Lehrbeispiel für die Solidarität der US-Gesellschaft mit den Arbeitern und letztlich ein Beweis für die Lebendigkeit der slowakischen Arbeiterbewegung.

Die Slowakei in der Tschechoslowakischen Republik

Für die neue slowakische Administration war der Bruch von der Jahrhunderte andauernden Bevormundung durch Budapest nicht einfach. Es dauerte Monate bis mit Hilfe tschechischer und alliierter Truppen das Land befriedet werden konnte. Auch die Besetzung wichtiger öffentlicher Posten gestaltete sich äußerst schwierig, da die zahlreichen ungarntreuen Beamten meist nicht freiwillig ihre Schreibtische räumten. Doch spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1919 gelang es, den slowakischen Landesteil zu stabilisieren und fest in den neuen gemeinsamen tschechoslowakischen Staat einzubinden.

Die vormalige Tschecho-Slawische Gewerkschaftsbewegung wandelte sich 1918 in die „Tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung" (OSC), der auch per Beschluss vom 2. Februar 1919 der größte Teil der slowakischen Gewerkschaften beitrat. 1920 folgten die deutsch- und ungarischsprachigen Gewerkschafter der Slowakei dem Vorbild der Slowaken und traten ebenso der OSC bei. Politisch war der neue Gewerkschaftsbund sehr eng an die starke Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei gebunden. Schon im Juli 1920 verließen aber viele Angehörige der Deutschen Volksgruppe die Gewerkschaft im tschechischen Landesteil und gründeten einen eigenständigen „Deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei". Als drittgrößter Gewerkschaftsbund formierte sich etwas später die „Tschechoslowakische Arbeitergemeinde" (COD), die in der Slowakei vor allem Angehörige des öffentlichen Dienstes organisierte. Politisch motiviert

Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter von Košice während der Zeit der Weltwirtschaftskrise.

entstand im Mai 1921 als vierte Kraft, vor allem in der Slowakei und im benachbarten Mähren, die „Zentrale der christlichen Arbeiterschaft der Tschechoslowakei". Darüber hinaus bildete sich eine eigene slowakische Agrargewerkschaft sowie eine eigenständige „Christliche Vereinigung der slowakischen Gewerkschaften". Beide Verbände allerdings nur mit sehr geringen Mitgliederzahlen verglichen zu den vier großen Organisationen.

In der Gründungsphase des Ersten Tschechoslowakischen Staates konnte die Arbeiterbewegung zahlreiche Zugeständnisse erreichen. So wurde neben dem Achtstundentag, auch das Nachtarbeitsverbot für Frauen und Kinder, Arbeitslosengeld und der Mieterschutz vom Parlament beschlossen. Trotz dieser Anfangserfolge blieb die Gewerkschaftsbewegung, allen voran der größte Dachverband OSC, nicht von den globalen politischen Entwicklungen verschont. Den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei mit einem immer stärkeren linken Flügel folgten die Gründung einer eigenen kommunistischen Partei und der Versuch der Machtübernahme innerhalb der OSC. Noch im Dezember 1920 gelang es den marxistischen Gewerkschaftern, einen Generalstreik für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie durchzuführen, der jedoch chaotisch zu Ende ging. Aufgrund der Ablehnung aller Gewerkschaftszentralen und dem Einsatz von Exekutivkräften wurde ein Erfolg der Streikbewegung unmöglich gemacht. Zahlreiche Tote und Verletzte wie

Nezamestnani, ženy, mládež!

Tisíce vagonov obilie hnije a pre Vás nemaju podporu
Hladujete a nemáte čo obliect.
Netrpte dálej! Dostavte sa všetcia dňa
21-ho t. m. predobedom o 10 hod.
pred krajinsky úrad.
Von všetci do ulic!
Prijďte demonstrovat proti hladu a fašizmu!

Arbeitslose, Frauen, Jungarbeiter!

Tausende Waggons Getreide verfaulen in den Lagern. Für Euch hat man kein Brot.
Ihr darbt, seid zerlumpt.
Duldet das nicht länger, sondern kommt
den 21-ten d. M. Vorm. 10 Uhr
vor das Landesamt.
Zieht in die Strassen, demonstriert gegen Hunger und Faschismus!

Munkanélküliek, asszonyok, ifjumunkások!

Ezernyi vagon gabona rothad a raktárokban de számotokra nincs segély.
Nélkülözitek, le vagytok rongyolódva. Nettűrjétek ezt hanem jöjjetek el mindnyájan
1955 február 21-én délelőtt 10 órakor
az országos hivatal elé.
Vonuljatok ki az utcákra, tüntessetek a nyomor és fasizmus ellen!

Dreisprachige Aufforderung zur Demonstration gegen Hunger und Faschismus. Während der Zwischenkriegszeit war es in der slowakischen Arbeiterbewegung üblich alle drei Landessprachen (Slowakisch/Ungarisch/Deutsch) zu verwenden.

auch hunderte verhaftete Streikführer waren das Ergebnis des gescheiterten Arbeitsausstandes.

In der Slowakei machte sich Anfang 1921 die wirtschaftliche Schwäche des Landes stark bemerkbar. Lebensmittelknappheit verbunden mit geringen Löhnen führte auch dort zu einem Aufbegehren der Arbeiterinnen und Arbeiter. Eine große Streikbewegung im Februar 1921 machte auf die Missstände aufmerksam und konnte einige wenige Verbesserungen erzielen. Da auch in der Slowakei vor allem kommunistische Gewerkschafter aktiv am Streik beteiligt waren, kam es bald in der gesamten Tschechoslowakei zu zahlreichen Spaltungsver-

1.Mai in den 1930er Jahren in Košice.

suchen innerhalb der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterorganisationen. Nach einem weiteren erfolglosen Versuch, die Gewerkschaftskonföderation OSC zu übernehmen, gründeten die Kommunisten schließlich mit den „Roten Gewerkschaften" ihren eigenen Dachverband.

Nach einer Erholung der Wirtschaft Mitte der 1920er Jahre traf die Weltwirtschaftskrise von 1929 die teilweise strukturschwache Slowakei besonders hart. In kürzester Zeit stiegen die Arbeitslosenzahlen, und die Regierung führte immer weitere Lockerungen im Arbeitsrecht ein. Auch im deutschsprachigen Sudentenland wuchs die Zahl der Betriebsschließungen, und die damit einhergehende Massenarbeitslosigkeit begünstigte den Aufstieg radikaler politischer Gruppen, die vor allem mit Deutschland verbunden waren. Trotz der massiven Krise gelang es aber nicht, die Gewerkschaftsverbände näher aneinander zu führen. Neue Mitglieder kamen nur, als innerhalb der kommunistischen Roten Gewerkschaften ständig neue Flügelkämpfe ausbrachen.

Die anhaltende Wirtschaftskrise und die Unfähigkeit der europäischen Regierungen ließen rechtsradikale Kräfte immer stärker werden. Als am 12. Februar 1934 sich die österreichischen Arbeiter gegen die immer totalitärer werdende Regierung wehrten, erkannten die tschechoslowakischen Gewerkschaften auch die Gefahr für ihr eigenes Land. Aus diesem Grund wurde am 15. Februar 1934 ein fünfminütiger Generalstreik aus Solidarität mit den kämpfenden österreichischen Arbeitern durchgeführt. Innerhalb der Tschechoslowakei entfernten sich die Sudentendeutschen politisch immer mehr vom Staat. Die nationalsozialistische Sudetendeutsche Partei brach fast sämtliche Beziehungen zur Zentralregierung ab, und auch die Gewerkschaftsbewegung wurde von den Nazis im deutschen Landesteil gespalten. Es entstand nach dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront in Hitler-Deutschland die faschistische „Deutsche Arbeitergewerkschaft". Allgemein wurden die Arbeiterparteien und die klassischen Bürgerparteien bei den Wahlen von 1935 großteils abgewählt. In der Slowakei wurde der „Autonome Block" unter Leitung der klerikal-nationalistischen Volkspartei von Andrej Hlinka stärkste Kraft.

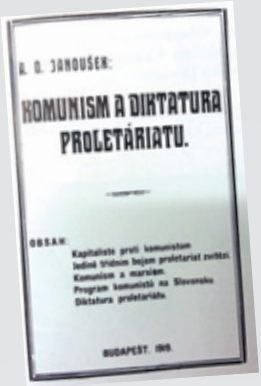
Ständig kam es zu Unruhen in den Gebieten der deutschen Volksgruppe und Hitler nutzte diese Situation aus, um Druck auf Großbritannien und Frankreich auszuüben. Er drohte mit Krieg und es gelang ihm, am 30. September 1938 in München ein Abkommen mit den Westalliierten zu unterzeichnen, indem die Tschechoslowakei ihre

sudentendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich abtreten musste. Erst jetzt, nach dieser für die Tschechoslowakische Nation großen Niederlage, trafen sich die verschiedenen Gewerkschaftsverbände, um einen gemeinsamen Weg für die Stabilität des Landes zu suchen. Außer einiger politischer Erklärungen gab es aber nur wenig Resultate bei den Verhandlungen. Eine kollektive antifaschistische Front, wie von den Kommunisten und vielen Sozialdemokraten angeregt, kam nicht zustande. Die Zerstrittenheit in der Tschechoslowakei und die gestärkten Nationalisten in der Slowakei machten das Land im Frühjahr 1939 zu einer leichten Beute für das imperialistische Deutschland.

EXKURS:
Die slowakische Räterepublik

Im Zuge der allgemeinen Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee und der sich damit abzeichnenden Niederlage der Donaumonarchie verselbständigten sich ab Oktober 1918 große Teile des Vielvölkerstaates. In Ungarn brach am 30. Oktober die nationale Revolution aus und damit verbunden die Ausrufung der Republik am 16. November 1918. Im Chaos dieser Tage bildete sich eine erste slowakische Regierung in Trnava, und nach dem Eintreffen tschechischer Soldaten in der Slowakei protestierte die ungarische Regierung scharf gegen die vermeintliche illegale Besetzung ihres Territoriums. Um diesem Protest Nachdruck zu verleihen, mobilisierte Budapest die Armee und besetzte ihrerseits am 13. November Trnava, ab 14. November weitere Teile der Slowakei. Erst mit der Entscheidung der alliierten Militärverwaltung konnten diese Teile ab 3. Dezember 1918 wieder einer slowakischen Verwaltung übergeben

*Der Tscheche **Antonín Janoušek** wurde 1919 zum Vorsitzenden der nur kurz existierenden Slowakischen Räterepublik gewählt.*


A. O. JANOUŠEK:

KOMUNISM A DIKTATURA PROLETÁRIATU.

OBSAH:
Kapitalisté proti komunistom
Jediné tvrdom bojom proletariat zvíťazí.
Komunizm a marxizm
Program komunistov na Slovensku
Diktatura proletariátu

BUDAPEST. 1919.

Die 1919 in mehreren Sprachen erschienene Broschüre von A. Janoušek „Der Kommunismus und die Diktatur des Proletariats" enthält das Programm der slowakischen Räterepublik

werden. Ungarns Regierung zog ihre Truppen zwar ab, reklamierte aber weiterhin diese Gebiete für sich. Vor allem im stark ungarisch dominierten Košice wollte man die Einmischung aus dem Ausland nicht akzeptieren. So konstituierte sich am 11. Dezember 1918 eine Ostslowakische Republik, die sich eng mit Budapest verbunden fühlte. Nach etwas mehr als zwei Wochen war dieser neue Staat allerdings schon wieder Geschichte. Durch den Einmarsch des tschechischen Militärs war das gewagte republikanische Abenteuer am 30. Dezember beendet worden. Die Übernahme der slowakischen Gebiete gestaltete sich äußerst mühsam. In Städten wie Bratislava, wo es eine deutsch- und ungarischsprachige Bevölkerungsmehrheit gab, wehrte man sich gegen eine slawische Herrschaft. Überall auf dem Gebiet der Slowakei sabotierten die meist ungarischstämmigen Beamten die Tätigkeit der neuen Regierung. Erst mit der Verhängung des Ausnahmezustandes am 5. März 1919 kehrte Ruhe im Land ein.

Ungarn konnte sich aber nicht stabilisieren, zu groß war der Druck von Außen aber auch von Innen auf das Land. In die-

Protestkundgebung der Räterepublik gegen die ausländischen Interventen am 22. Juni 1919 in Košice.

sen turbulenten Tagen des Frühjahres 1919 gelangte letztlich eine Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten in Budapest an die Macht. Die neue Koalition gipfelte in der Ausrufung der ungarischen Räterepublik am 21. März 1919. Animiert durch das noch junge sowjetische Vorbild wollte man auf dem Boden Ungarns einen Staat der Arbeiter und Bauern errichten. Bürgerliche Kräfte in Osteuropa, aber auch die alliierten Siegermächte, hatten ganz offensichtlich den Einfluss der russischen Oktoberrevolution von 1917 unterschätzt. Zehntausende vor allem slawische Soldaten der untergegangenen Donaumonarchie waren im Ersten Weltkrieg zu den Russen übergelaufen und empfanden nach dem Sieg der Revolution die Pläne für den Aufbau eines sozialistischen Staates als höchst attraktiv. Viele der Kriegsgefangenen sahen in einer Revolution eine politische Hoffnung, da sie, meist Arbeiter oder Bauern, in der Monarchie stets unterdrückt wurden. Dem internationalistischen Gedanken folgend, machte sich nun die Budapester Regierung die noch auf ungarischem Territorium lebenden Slowaken und Tschechen als Helfer zu eigen. Da das Zentrum der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei in Budapest lag, wurden die proletarischen Kräfte der Slowaken für den Kampf um eine multinationale Rätemacht einbezogen. Die rote ungarische Regierung stellte den slowakischen Arbeitervertretern sogar Flugzeuge zur Verfügung, um über der Slowakei linke Propagandamaterialien abwerfen zu können. Im Gefolge der Roten Armee der ungarischen Räterepublik kehrten Anfang Juni hunderte Slowaken in die ihrer Ansicht nach befreite Heimat zurück. Zu diesem Zeitpunkt gelang es den Roten Militärs, mehr als die Hälfte des slowakischen Territoriums zu besetzen. Die kriegsmüden tschechoslowakischen Einheiten hatten nach nur kurz andauernden Kämpfen die meisten Städte der angreifenden sozialistisch-kommunistischen Armee überlassen. Am 15. Juni wurde so auch Prešov, eine mehrheitlich slowakischsprachige Stadt, eingenommen.

Die aus Ungarn gekommenen linken slowakischen Arbeitervertreter sahen nun ihre historische Chance und riefen am 16. Juni 1919 in Prešov die Slowakische Räterepublik aus. Dieser neue und in enger Zusammenarbeit mit der sowjetischen und der ungarischen Räterepublik kooperierende Staat konstituierte sich als grundsätzlich multinationale Arbeiter- und Bauernrepublik. Um diesen Charakter zu betonen, wurde mit Antonín Janoušek ein tschechischer Arbeiter zum Vorsitzenden des regierenden Exekutivkomitees ernannt. Militärisch zeigte sich jedoch, dass der neue Staat in einer großen Abhängigkeit zu Ungarn stand, da keine eigene Armee begründet wurde, sondern die slowakischen Soldaten in die ungarische Rote Armee eingegliedert wurden. Am 20. Juni 1919 übersiedelte die Regierung von Prešov in die neue Hauptstadt Košice. Dort wurden sofort zahlreiche neue, arbeitnehmerfreundliche Gesetze erlassen. Neben der Einführung des achtstündigen Arbeitstages, der Erhöhung der Löhne und der Steuererleichterungen für

kleine Landwirte wurde auch die völlige Gleichberechtigung der Frauen wie auch die Verstaatlichung sämtlicher Großbetriebe beschlossen.

Während die neue sozialistische Politik durchaus populär war, wuchs gleichzeitig der Druck von Seiten der Tschechoslowakischen Regierung und der Alliierten auf die Räterepublik. Die Drohungen verhallten diesmal nicht und die ungarische Rote Armee, die militärische Stütze der slowakischen Räteregierung, zog mit Ende Juni 1919 ihre Truppen von sämtlichen slowakischen Gebieten ab. Panisch versuchte die sozialistische Regierung die Bürgerinnen und Bürger, vorwiegend in den großen Städten wie Prešov und Košice, für den Widerstand gegen die tschechoslowakische Armee zu werben. Aber aller Propaganda zum Trotz wollte sich kaum bewaffnete Gegenwehr einstellen. In dieser Situation der Hoffnungslosigkeit brach die Slowakische Räterepublik schließlich am 7. Juli 1919 auseinander. Auch die ungarische Räterepublik, die sich durch den Truppenabzug aus der Slowakei eine Überlebenschance ausgerechnet hatte, fand am 1. August 1919 ihr ebenso rasches Ende. Der Versuch einer erfolgreichen, fortschrittlichen Politik, der Übernahme der Macht durch die Arbeiterbewegung, hatte aufgrund der geopolitischen Entwicklung keine Chance auf Erfolg gehabt.

Unterdrückung und Widerstand im Slowakischen Staat

Durch direkte Unterstützung und auf Druck des nationalsozialistischen Deutschlands und der damit verbundenen Garantien erklärte die Slowakische Volkspartei am 14. März 1939 die Abspaltung des slowakischen Landesteils von der Tschechoslowakei. Der Slowakische Staat wurde ausgerufen, womit auch die Zukunft des tschechischen Teils des gemeinsamen Staates besiegelt war. Am 15. März 1939 marschierte die Deutsche Wehrmacht in der von der Nazipropaganda als „Rest-Tschechoslowakei“ titulierten Region ein. Böhmen und Mähren wurde ein unter deutscher Vorherrschaft stehendes Protektorat. Die Slowakei erhielt nominell zwar ihre Souveränität, war aber durch unzählige Vereinbarungen unweigerlich mit den Geschicken des Deutschen Reichs verbunden.

Für die Gewerkschaften im Protektorat bedeutete die deutsche Besetzung ein sofortiges Ende jeglicher organisatorischen Unabhängigkeit. Antifaschistische und alle anderen Vereinigungen der Arbeiterbewegung wurden ausnahmslos verboten und deren Leitungen von den Protektionsbehörden und vor allem der Gestapo verfolgt. Die bestehenden pluralistischen Gewerkschaftszentralen wurden nun in einem staatlich angeleiteten Dachverband der „Nationalen Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer“ (NOUZ) zwangsintegriert. Daneben gab es eine eigene „Zent-

Illegales antifaschistisches Flugblatt zum 1.Mai 1940.

rale der öffentlichen Angestellten" (UVZ), die allerdings nur eine untergeordnete Rolle spielte.

In der Slowakei ging man nicht minder totalitär vor. Zunächst wurden alle nicht slowakischen Organisationen verboten, kurz darauf alle Vereinigungen, die der Arbeiterbewegung zuzuordnen waren. Tausende Funktionäre wurden verhaftet und in Lager bzw. Gefängnisse gebracht. In diesem Klima der Verfolgung bot sich die „Christlichsoziale Gewerkschaftszentrale" selbst den Machthabern als neuer Dachverband an. Um die Loyalität mit dem noch jungen Regime zu bekunden, initiierte der Christliche Gewerkschaftsverband das Verbot der demokratisch gewählten und legitimierten Betriebsräte im Land. Da sich die Slowakei als christlichsozialer autoritärer Staat verstand, wollte der per Erlass nun einzige Dachverband auch seinen Anteil an der Verbreitung der neuen Staatsideologie unter den Arbeiterinnen und Arbeitern leisten. Mit patriotischer Propaganda und bei entsprechenden Schulungen sollte die Arbeiterbewegung auf die neuen Staatsziele eingeschworen werden. Die Slowakei hatte sich als Vasallenstaat Hitlers bereits im September 1939 am Krieg gegen Polen beteiligt, denn das Land wurde für seine Kriegsbemühungen mit einem Teil Südpolens (Gebiete, die bis 1920 zur Tschechoslowakei gehört hatten) belohnt. Durch den Kriegseintritt verschlechterte sich die soziale Lage in der Slowakei. Die Preise stiegen rapide an, und die Versorgungslage wurde von Monat zu Monat schlechter. Dies führte zu einer großen Anzahl von Protestaktionen der Arbeiterschaft. Vor allem in den Metallfabriken, den Bergwerken aber auch in kriegswirtschaftlichen Betrieben wurden Versammlungen abgehalten und Petitionen an die Regierung verfasst. Der sich im britischen Exil befindliche Internationale Gewerkschaftsbund beschrieb in einem Bulletin (Nr. 10/1941) die Situation in der Slowakei folgendermaßen: *„Diese Diktatur gegen den Willen der Mehrheit des Volkes stößt hier auf die stärkste Opposition. Der Widerstand ist wiederholt und offen zutage*

Platz des Slowakischen Nationalaufstandes in Banská Bystrica, dem historischen Zentrum der antifaschistischen Erhebung von 1944.

getreten. Der bekannte Kohlenarbeiterstreik von Handlová ist dafür nur ein treffendes Symbol.“ Als auch durch Arbeitsniederlegungen der Eisenbahner Teile der wichtigen Versorgungstransporte für die Front gefährdet waren, griff die faschistische Regierung mit brutalen Methoden ein. Polizei, Militär und auch der Geheimdienst bereiteten jeglichem offenen Widerstand ein rasches Ende.

Die ausgeübten Repressalien zwangen jedoch die Führung des christlichsozialen Gewerkschaftsdachverbandes zum Handeln, denn viele Aktivisten der Protestbewegungen waren Funktionäre der Gewerkschaft. Der Staat hatte für die Besinnung der gleichgeschalteten Gewerkschaftsorganisation auf die Interessen der Arbeitnehmer keinerlei Verständnis. So setzten sich die deutschlandfreundlichen radikalen Kräfte der Regierung durch, und der christliche Gewerkschaftsverband wurde gegen Ende des Jahres 1941 zwangsweise aufgelöst. Als williger Ersatz für die bisherige Struktur wurde im Mai 1942 vom slowakischen Parlament das Gesetz über die „Slowakische Arbeitsgemeinschaft“ (SPP) beschlossen. Nach dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront wurden jetzt Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam zu einer Organisation zusammengefasst. Strukturiert war die SPP in vier Gruppen: 1. Landwirtschaft; 2. Industrie, Handel, Banken; 3. Selbständig Tätige; 4. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Wiederum wird dieser Schritt der Regierung im Ausland kommentiert. Der Internationale Gewerkschaftsbund (Bulletin Nr. 11/1942) schreibt dazu: *„Wir haben Verständnis dafür, dass den derzeitigen slowakischen Machthabern bei der von den Nazis geforderten Einführung von Staatsgewerkschaften nicht ganz wohl ist. Diese Ablenkungsmethode ist jedoch so einfältig, dass sie das berechtigte Misstrauen der breiten Massen nicht beseitigen kann. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Stellung und Einstellung der Schattenregierung, dass sie versucht die Verantwortung für ihre unpopulären Taten auf die von ihr verfolgten Marxisten abzuwälzen.“* Das Ziel, die Arbei-

Das Denkmal für die Opfer des Slowakischen Nationalaufstandes steht heute vor dem gleichnamigen Museum in der mittelslowakischen Stadt Banská Bystrica.

terschaft zu befrieden und die Masse der Arbeitnehmer für die Ziele des Faschismus und des Krieges zu gewinnen, konnte man ab diesem Zeitpunkt als verloren ansehen.

Nach den ersten großen Rückschlägen der deutschen Streitkräfte an der Ostfront, bei denen auch die beteiligten slowakischen Truppen große Verluste und Niederlagen verkraften mussten, begann sich im Frühjahr 1943 der Widerstand besser und zielgerechter als je zuvor zu organisieren. Im Untergrund bildeten sich eine Vielzahl von Gruppen, die damit begannen, auf dem Gebiet der ganzen Slowakei mit Sabotageakten die kriegstreiberische Politik des Staates zu behindern. Dazu kamen immer wieder kleinere und größere Demonstrationen und Streiks in den Rüstungsbetrieben. In der Mittelslowakei gab es während dieser Zeit mehrfache Zusammentreffen illegaler sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschaften mit dem Ziel, vereint den Widerstand noch effektiver zu organisieren. Auch wurden bei diesen Treffen bereits die Grundlagen für einen späteren Einheitsgewerkschaftsbund der Nachkriegszeit gelegt. Ebenso bekräftigten die Widerstandskämpfer, nach der erfolgreichen Befreiung des Landes wieder einen gemeinsamen Staat mit den Tschechen gründen zu wollen. Parallel zu den Ereignissen im Hinterland liefen vermehrt slowakische Soldaten zu den sowjetischen Einheiten über und beteiligten sich später aktiv am gemeinsamen ersten tschechoslowakischen Armeekorps unter militärischer Führung der UdSSR. Trotzdem durfte die

Fahne der 1. Slowakischen Partisanenkorps mit dem Namen „Tschapajew".

Anhängerschaft des slowakischen Staates nicht unterschätzt werden. Im ganzen Land versuchte die faschistische Miliz, die so genannte Hlinka-Garde, mit ausgesprochener Brutalität für Ordnung zu sorgen. Aber das unbarmherzige Vorgehen der Garden, wie auch das verlorene Kriegsglück, trieben tausende junge Slowaken in die Reihen der Partisanen, die damit immer stärker wurden. Die antifaschistische Überzeugung der Menschen wurde auch durch die restriktive antisemitische Politik der Bratislaver Regierung gesteigert. Auf Verlangen der deutschen Behörden wurden mehr als 60.000 slowakische Jüdinnen und Juden ausgeliefert, ebenso tausende Angehörige der Roma-Minderheit in Konzentrationslager gebracht. Neben zehntausend slowakischen Juden, die von der Bevölkerung gerettet werden konnten, kamen nach Kriegsende nur ein ganz geringer Teil dieser Slowakinnen und Slowaken in die Heimat zurück. Das Gros der Ausgelieferten

wurde Opfer der rassistischen Ausrottungspolitik der Nazis, als deren Handlanger sich der slowakische Staat mitschuldig gemacht hatte.

Zuviel Leid war seit Ausrufung des ersten slowakischen Staates geschehen, die große Mehrheit der Bevölkerung entzog der Regierung ihr Vertrauen. Ausdruck dieses Widerstandswillens war der am 29. August 1944 in der Mittelslowakei zustande gekommene Slowakische Nationalaufstand. Historisch war dies die größte Erhebung, die je in den von den Deutschen oder ihren Verbündeten kontrollierten Gebieten stattfand. Die meisten Garnisonen in den mittelslowakischen Städten stellten sich den neuen demokratischen Verwaltungen zur Verfügung, tausende Partisanen und Freiwillige reihten sich in die Reihen der Aufständischen ein. Ziel des Aufstandes war es, die Regierung in Bratislava zu stürzen, aber auch der nahenden Roten Armee den Weg durch die Slowakei zu erleichtern. Während der Kämpfe kam es am 16. und 17. September 1944 in Banská Bystrica zu einem historischen Treffen zwischen gewerkschaftlichen Vertretern der slowakischen Sozialdemokratie und der kommunistischen Bewegung. Erfolge des Treffens waren die Wahl einer einheitlichen Gewerkschaftsführung und die Errichtung von Gewerkschaftssekretariaten in den befreiten Städten. Die Delegierten beschlossen die Fusion von kommunistischer und sozialdemokratischer Partei zu einer einheitlichen Organisation der Arbeiter in der Slowakei.

Angesichts der ersten Erfolge der Aufständischen sowie der Vereinigung der größten Oppositionskräfte sah sich die faschistische Regierung Tiso nicht im Stande, ihre Macht alleine zurückerobern zu können. So wurden die deutschen Streitkräfte von Bratislava gebeten, sich an der Niederschlagung des Slowakischen Nationalaufstandes zu beteiligen. Durch den Einsatz starker SS-Verbände gelang es den Hlinka Gardisten schon bald, Teile der befreiten Gebiete wieder einzunehmen. Auch konnten die sowjetischen Truppen nicht so rasch wie geplant in die Slowakei vorrücken. Trotz der schlechten Lage fand am 15. Oktober 1944 noch eine Konferenz der Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute in Podbrezová statt. Dort wurde wiederum der Beschluss zur Gründung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation in einem erneuten tschechoslowakischen Staat bekräftigt. Die Betriebsräte benannten sich in so genannte revolutionäre Betriebsräte um und verpflichteten sich auf Ebene der Unternehmen, parallel zu den in der Verwaltung existierenden revolutionären Nationalausschüssen, eine Politik zu bilden. Die Umsetzung wurde jedoch durch den kurzfristigen Sieg der faschistischen Kräfte unterbunden. Die meisten bewaffneten Aufständischen verließen die urbanen Gebiete und bildeten starke Partisanenverbände in den Wäldern und Bergen. Andere Teile der Kämpfer gingen in die Ostslowakei und vereinten sich mit den ankommenden sowjetischen Truppen bzw. mit der tschechoslowakischen Armee. Mit der vollständigen Befreiung der Slowakei im Frühjahr 1945

und der damit verbundenen Flucht der Regierung Tiso konnten endlich im ganzen Land demokratische Gewerkschaftsstrukturen errichtet werden. Besonders die revolutionären Betriebsräte leisteten einen hohen Anteil an der Wiedererrichtung der kriegsbedingt zerstörten Produktion und bei der Versorgung der Bevölkerung.

Die Nachkriegszeit und kommunistische Machtübernahme

Der hohe Anteil kommunistischer wie auch sozialdemokratischer Funktionäre am Widerstand gegen den Faschismus und die Befreiung der Slowakei durch die Rote Armee öffneten das Land, entgegen historischer Traditionen, für eine linke Politik. Mit der vollständigen Befreiung der Tschechoslowakei begannen die Nationalausschüsse sogleich mit der Verstaatlichung der relevanten Infrastruktur. Gemäß den Beschlüssen, die während der Illegalität gefasst wurden, entstand im Mai 1945 wie geplant ein neuer gemeinsamer Gewerkschaftsbund unter dem Namen „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung" (ROH). Bei der Tagung des Zentralrats der ROH gehörten dem Dachverband 22 Branchenverbände an. Am 7. Juni 1945 wurde der Kommunist Antonín Zápotocký zum Vorsitzenden gewählt. Trotz der Wiedergründung eines gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken, wie auch der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, gestalteten sich die Ergebnisse bei den ersten demokratischen Wahlen im Mai 1946 sehr unterschiedlich. Während im tschechischen Landesteil die Kommunistische Partei (KPTsch) mit 40 Prozent als Wahlsieger hervorging, konnte in der Slowakei die Demokratische Partei 61 Prozent der Stimmen für sich verzeichnen. Obwohl gewerkschaftlich verbunden, waren die beiden Völker in ihrer politischen Präferenz stark unterschiedlich eingestellt.

*Der Tschechische Arbeiter und bekannte Kommunist **Antonín Zápotocký** wurde 1945 zum ersten Vorsitzenden der neugegründeten tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaftsorganisation „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung" gewählt.*

Es verwundert daher kaum, dass die immer stärker werdende Einflussnahme der Kommunisten auf die ROH, wie auch auf die Arbeit der Prager Zentralregierung in der Slowakei, auf viel größere Skepsis stieß als in Böhmen und Mähren. Dank eines Bündnisses der KPTsch mit der Sozialdemokratie konnten Gesetze beschlossen werden, die sich auf die Arbeitnehmer positiv auswirkten. Auch die Rolle der ROH wurde weiter

gestärkt, da sie 1946 als einziger Gewerkschaftsbund rechtlich anerkannt wurde.

Politisch radikalisierte sich die Situation in der Nachkriegs-Tschechoslowakei zunehmend. Die Kommunisten versuchten immer offener die Macht zu übernehmen, und es wurde für den Volkssozialistischen Staatspräsidenten Edvard Beneš immer schwerer, diesen Druck abzuwehren. Während einer großen Dürre im Herbst 1947 lehnte die Prager Regierung das Angebot der USA für eine großzügige Marshallplan-Hilfe ab, stattdessen wurden aus der Sowjetunion mehr als eine halbe Million Tonnen Getreide geliefert. Diese Unterstützung nutzten in Folge die kommunistischen Propagandisten geschickt aus, und die demokratischen Kräfte wurden, durch die Mobilisierung vor allem der Arbeiter, zu noch mehr Zugeständnissen gezwungen. So überließ die starke Demokratische Partei die Führung der slowakischen Landesregierung den Kommunisten. Zu stark war die Macht der von der KPTsch instrumentalisierten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Als im Februar 1948 die demokratischen Minister verlangten, dass die anhaltende kommunistische Unterwanderung der Ministerien zu unterbleiben habe, eskalierte die Situation. Am 22. Februar wurde in Prag eine gesamtstaatliche Tagung der Betriebsräte einberufen, in der die demokratischen Parteien aufgefordert wurden, die Politik der Kommunisten zu unterstützen. Ergänzend dazu kam es am nächsten Tag zu einer Massendemonstration der Gewerkschaften und am 24. Februar 1948 schließlich zu einem einstündigen Generalstreik, an dem über 2,5 Millionen Arbeitnehmer teilnahmen. Aufgrund dieses gewaltigen Drucks ernannte Präsident Beneš, wie von den Kommunisten und den Gewerkschaften gefordert, eine neue Regierung unter der Leitung des KPTsch Vorsitzenden Klement Gottwald. Mit dieser Maßnahme war das Schicksal der zuvor noch demokratischen Tschechoslowakei besiegelt. Die Machtübernahme der Kommunisten war vollzogen, und das Land konnte nun ganz offen nach sowjetischem Vorbild umgebaut werden.

Mit der neuen Verfassung vom 9. Mai 1948 wurde die kommunistische Regierung auch legislativ abgesichert. Die Gewerkschaften erhielten für ihre Hilfe bei der Umgestaltung des Staates mehr Mitspracherechte bei der wirtschaftlichen Steuerung der Betriebe. Als im Juni 1948 der bisherige Staatspräsident Beneš zurücktrat und KPTsch Chef Gottwald diese Position einnahm, konnten die Kommunisten ihre Macht endgültig

PRÁCA A ŽIVOT

Časopis Ústredia odborových svázov Slovenska

Jednotné odbory nastupujú

Die Zeitschrift „Arbeit und Leben" war das Zentralorgan der Slowakischen Gewerkschaften nach Kriegsende.

Plakat aus der Zeit nach der kommunistischen Machtübernahme vom 1. Mai 1949: „1. Mai mit Präsident Gottwald vorwärts zum Sozialismus".

festigen. Im Zuge der damit notwendigen Regierungsumbildung wurde der Vorsitzende der ROH Antonín Zápotocký Ministerpräsident des Landes, nach dem Tod Gottwalds 1953 sogar Staatspräsident der Tschechoslowakei. Nicht lange nach diesem offensichtlichen Machtzuwachs für die Gewerkschaftsbewegung zeigte die neue „Arbeiter- und Bauernregierung" ihr wahres Gesicht. Bei der 9. Tagung der KPTsch im Mai 1949 wurde der ROH per Beschluss ihre neue Rolle im Staat zugewiesen: Neben der Aufgabe, in Hinkunft „Schule des Kommunismus" zu sein, also Teile der kommunistischen Schulung unter den Werktätigen wahrzunehmen, war die Rolle der Gewerkschaften im Betrieb nun die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Organisation des sozialistischen Wettbewerbs und die enge Kooperation mit den Gewerkschaften der Sowjetunion. Noch schlimmer aber wirkten sich für die Bewegung die Abschaffung der Betriebsräte und das Streikverbot aus.

Der Prager Frühling und die Hoffnungen auf Demokratie

Ende der 1960er Jahre machte sich in der gesamten Tschechoslowakei ein Gefühl der Stagnation breit. Die zwangskollektivierte Landwirtschaft war nicht in der Lage, alle Versorgungswünsche der Bevölkerung zu befriedigen und die industrielle Produktion lag weit hinter den Erwartungen der Plankommission zurück. Auch machte sich in diesen Jahren, nach fast 20 Jahren kommunistischer Herrschaft, Resignation unter den Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären breit. Die endlosen Sitzungen und Schulungen führten schon lange nicht mehr zur erhofften Motivation. Die Arbeitsmoral in den Betrieben war in den vergangenen Jahren beträchtlich gesunken. Anstatt den Gewerkschaften eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der regierenden Kommunistischen Partei zu geben, vertraute man auf die sowjetischen Konzepte und versuchte, durch noch mehr Propaganda den sozialistischen Wettbewerb wieder anzukurbeln. Da die klassische Gewerkschaftsarbeit damit weiterhin in den Hintergrund rückte und die ROH

Der Präsident des „Prager Frühlings" Ludvík Svoboda im Gespräch mit Gewerkschaftern aus der Slowakei

mehr noch als zuvor zum Antreiber in den Betrieben wurde, war das Image der Gewerkschaften so schlecht wie nie zuvor.

Die negative Stimmung auf den Arbeitsplätzen war auch den ROH-Vertretern nicht unbekannt und als die Gewerkschaftsführung bei der Tagung des Zentralrats im Februar 1967 mehr Engagement der Grundorganisationen forderte, konterten die Basisfunktionäre mit einer Liste neuer Vorstellungen. Allen voran wurden ein neues und leistungsfreundlicheres Lohnsystem, der Ausbau der bisherigen Sozialpolitik und mehr Freiheiten für die Grundorganisationen und Branchenverbände der ROH eingefordert. Diese Vorschläge lehnte das weiterhin reformresistente ROH-Leitungsgremium entschieden ab. Ende 1967 kam es zu einer Krise innerhalb der KPTsch. Die Kritik am Langzeitvorsitzenden und Staatspräsidenten Antonín Novotný erreichte ihren Höhepunkt, sodass dieser letztlich im Jänner 1968 die Funktion des ersten Sekretärs der Partei an den slowakischen Reformer Alexander Dubček abgeben musste. Nun wurde auch der Druck in den Gewerkschaften größer. Bei der nachfolgenden Tagung des ROH-Zentralrats im März 1968 wurde die Gewerkschaftsführung zum Rücktritt aufgefordert und beschlossen, in den Grundorganisationen über die Fragen der Demokratisierung und über neue Aufgaben der Gewerkschaften zu diskutieren.

Höhepunkt der Reformen innerhalb der ROH war eine gesamtstaatliche Delegiertenkonferenz der Grundorganisationen im Juni 1968 in Prag. Im großen Rahmen konnte hier erstmals ganz offen über die Zukunft diskutiert werden. Dabei wurden weitreichende Anträge angenommen, darunter die größere Unabhängigkeit der Branchengewerkschaften. Der Zentralrat der ROH sollte hinkünftig nur noch als loser Dachverband fungieren. Die 31 tschechischen und 26 slowakischen Gewerkschaftsbünde wollten ihrer eigenen Wege gehen. Obwohl dies nicht gerade zur Stärkung der Organisation insgesamt beitrug, war es dennoch eine logische Entwicklung, die eine Art Antithese zur bisherigen 20 Jahre langen vorherrschenden kommunistischen, zentral gelenkten Gewerkschaftskonföderation war. Viele der nun sehr selbständigen Verbände begannen im Sommer 1968 mit der Kontaktaufnahme zu den demokratischen internationalen Dachverbänden, wie etwa dem zum größten Teil sozialdemokratisch orientierten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer (WVA). Parallel dazu liberalisierte die KPTsch die Parteienlandschaft der ČSSR. Die zuvor gleichgeschalteten bürgerlichen Parteien begannen sich zu verselbständigen, und auch neue politische Bewegungen konstituierten sich in den sommerlichen Reformtagen.

Die sowjetische Staats- und Parteiführung unter Leonid Breschnew blickte schon seit einiger Zeit mit kritischem Auge auf die Geschehnisse in der Tschechoslowakei. Auch die anderen sozialistischen Bruderländer, wie die konservative DDR, Bulgarien oder auch Polen sahen in den tschechoslowakischen Entwicklungen eine Gefahr für ihr starres System nach sowjetischem Vorbild. Auch innerhalb der ČSSR gab es nicht wenige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich nach der Vergangenheit sehnten und mit Moskau deshalb hinter dem Rücken der Dubček-Reformer in Verhandlungen traten. Höhepunkt dieser Entwicklung war der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 und die Verhaftung der kommunistischen Politiker, allen voran Alexander Dubček, durch sowjetische Soldaten. Die Welt stand für einen Moment still und sah mit Verbitterung zu, wie die UdSSR einen souveränen Staat besetzte und mit Waffen in der Hand der legitimen demokratischen Entwicklung in der ČSSR ein jähes Ende setzte. Um propagandistisch den Schein zu wahren, wurden die Reformpolitiker erst im April 1969 offiziell abgesetzt. In diesen Monaten nach der Besetzung durch die Sowjetunion und ihrer Verbündeten gab es sogar im März 1969 einen ROH-Kongress, bei dem die wichtigsten Reformen überraschender Weise nochmals bestätigt wurden.

Am 17. April 1969 wurden zwei moskautreue slowakische Parteifunktionäre in wichtige Positionen bestellt: Gustav Husák, zuvor Reformer, wurde Generalsekretär der Partei. Vasiľ Biľak, welcher die Sowjetunion offiziell zum Einmarsch aufgefordert hatte, wurde neuer Chefideologe der KPTsch.

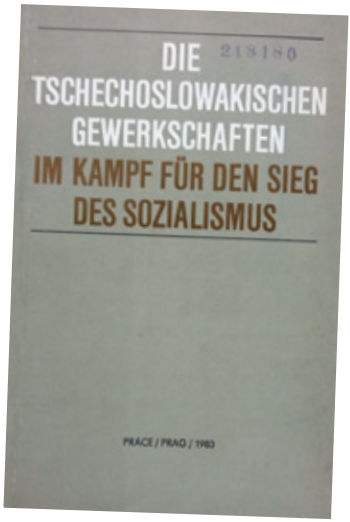
Mit dieser nun offiziellen Machtübernahme war der Prozess der so genannten „Normalisierung“ eingeleitet worden. Die Reihen der Kommunistischen Partei, wie auch jene der Massenorganisationen, allen voran auch die Gewerkschaftskonföderation, wurden von kritischen bzw. reformfreudigen Kadern „gesäubert“. Alleine in der KPTsch verloren über eine halbe Million Kommunistinnen und Kommunisten ihre Mitgliedschaft. Die Gewerkschafter allerdings erwiesen sich als besonders resistent. Der Prozess der innergewerkschaftlichen Reinigung dauerte in der ROH noch bis Ende 1970. Dann allerdings war die Gewerkschaftskonföderation wieder so, wie es sich Moskau gewünscht hatte. Die ROH wurde wieder zur „Schule des Kommunismus“ und sollte sich neuerlich als Antriebsriemen in den Betrieben bewähren.

Mit dem 8. ROH-Kongress 1972 hob man schließlich auch formal sämtliche Reformbeschlüsse auf. Mit der Bestellung des überaus unbeliebten Karel Hoffmann zum Vorsitzenden des Zentralrats der ROH, der als Kommunikationsminister den Einmarsch der Sowjetunion begrüßt und verteidigt hatte, war der Prozess der Normalisierung in den Gewerkschaften endgültig abgeschlossen. Die gleichgeschaltete ROH beteiligte sich engagiert an den Diffamierungskampagnen der KPTsch gegen Dissidenten und andere Unterzeichner der oppositionellen Charta 77. International galten die Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschaften als besondere Hardliner. Als auf Grundlage der neuen sowjetischen Politik ab 1986 mit der Perestroika ein neuer Versuch der Demokratisierung innerhalb der kommunistischen Länder angestoßen wurde, reagierte besonders die ROH sehr ablehnend und uninteressiert. Innerhalb des kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbundes bildeten die tschechoslowakischen Gewerkschafter sogar eine gemeinsame Front mit den politischen Hardlinern aus der DDR und Rumänien. Auch „kosmetische“ Mini-Reformen, wie die Bestellung des farblosen Technokraten Miloš Jakeš zum neuen Generalsekretär der Partei, oder die Einsetzung eines neuen Gewerkschaftsvorsitzenden, konnten die Bevölkerung nicht täuschen. Der Unwillen der Regierung zu Reformen blieb spürbar, es gab keinerlei Lockerungen im politischen System, und die Verfolgung von Oppositionsgruppen war gnadenlos. Demonstrationen wie jene am 28. Oktober 1988 im Gedenken an den Studenten Jan Palach oder die Veranstaltung am Wenzelsplatz im August 1989, bei der man an den sowjetischen Einmarsch erinnerte, wurden von den Sicherheitskräften unterdrückt.

Die samtene Revolution von 1989 und die Spaltung des Landes

Die Prager wie auch die Bratislaver Parteiführung glaubten noch Mitte 1989, die politische Stabilität des sozialistischen Systems aufrechterhalten zu können. Während in Polen bereits demokratische Wahlen stattfanden, die ungarische Volksrepublik den Eisernen Vorhang abbaute, die DDR täglich von tausenden ihrer Staatsbürger verlassen

wurde, wiegte man sich in den Reihen der KPTsch noch sicher. Dabei ignorierten die Herrschenden aber die sich stark veränderte Stimmung vor allem in den Betrieben des Landes. Besonders die Arbeiterbewegung, für die ja der kommunistische Staat formell geschaffen wurde, hatte von der Bevormundung durch die Partei genug. Seit längerem schon wurde nicht nur in kleinen oppositionellen Zirkeln über Veränderungen diskutiert, sondern auch an den Arbeitsplätzen immer offener Kritik laut. Als am 17. November 1989 eine friedliche Studentendemonstration mit großer Brutalität aufgelöst wurde, kam es schließlich zum offenen Widerstand gegen die Regierenden. Das Volk begab sich auf die Straße, und in den Novembertagen wurden neue politische Organisationen von den Menschen gegründet.

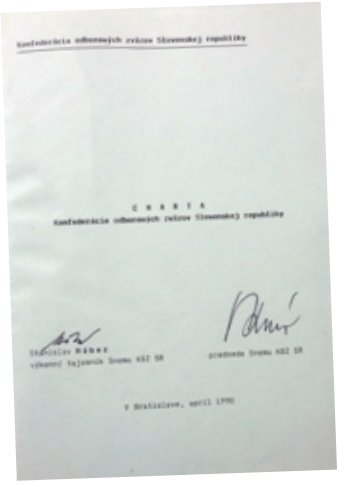


Die Gleichschaltung der Gewerkschaften mit der regierenden Kommunistischen Partei zeigte sich auch anhand der Veröffentlichungen des Dachverbandes ROH.

In der Slowakei war die Protestbewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ das Sprachrohr der Bürger. Im tschechischen Landesteil wurde das „Bürgerforum“ mit dem Sprecher Václav Havel gegründet. Gegen die bekannten Oppositionskräfte hätte das kommunistische Regime wohl noch vorgehen können, aber als die Masse der Arbeitnehmer auf die Straße ging, war der Bann gebrochen. Unvergessen blieben die Massen am SNP-Platz in Bratislava oder am Wenzelsplatz in Prag. Die Menschen waren bewegt und aufgewühlt, als Václav Havel und Alexander Dubček gemeinsam von einem Prager Balkon zu ihnen sprachen. Einer der Hauptmotoren der Demokratisierung bildeten die gewerkschaftlichen Grundorganisationen in den Betrieben. Noch versuchten Parteifunktionäre im ganzen Land, die Werktätigen für sich zu gewinnen. Bei diesem Unterfangen wurden sie von den Arbeitnehmern oft aus den Betrieben gedrängt. Die arbeitende Bevölkerung wollte nicht länger Handlanger des sozialistischen Regimes sein. Am 27. November 1989 fand ein Generalstreik in der gesamten Tschechoslowakei statt. Damit war die mehr als 40 Jahre andauernde kommunistische Ära der ČSSR in nur wenigen Tagen beendet. Die ROH-Gewerkschaftsführung war in dieser Zeit zu keiner Reaktion in der Lage. Zu starr war der Apparat aufgebaut, und er funktionierte auch nur durch Kommandos aus der Kommunistischen Partei. Die Ge-

werkschaftsführung wurde von der Arbeiterklasse abgesetzt, und damit war auch die bisherige Gewerkschaftskonföderation obsolet geworden.

Neuer Motor der Arbeitnehmer im Lande wurden die über 6.000 Streikausschüsse in den Betrieben der Tschechoslowakei. Diese wollten nun über die Zukunft der Gewerkschaften entscheiden. Bereits am 24. November, also noch vor dem alles entscheidenden Generalstreik, bildeten die Streikausschüsse ein zentrales Streikkomitee. Die Forderungen der Streikenden, nämlich die Bildung neuer Gewerkschaften und die Auflösung der ROH, wurde umgesetzt. Aus den bisher 16 zentral gesteuer-



Konfederácia odborových zväzov Slovenskej republiky

C H A R T A

Konfederácia odborových zväzov Slovenskej republiky

Stanislav Náhar
výkonný tajomník Snemu KOZ SR

predseda Snemu KOZ SR

V Bratislave, apríl 1990

Gründungscharta der slowakischen Gewerkschaften vom April 1990.

Demonstrationszug im Zentrum Bratislavas während der Samtenen Revolution in der Slowakei im Winter 1989.

ten Branchenverbänden entstanden im Winter 1989/90 insgesamt 63 slowakische und tschechische Gewerkschaftsvereinigungen. Die meisten dieser Organisationen, wie auch Vertreterinnen und Vertreter der Grundeinheiten, trafen sich von 2. bis 3. März 1990 in Prag und beschlossen dort die Auflösung des bisherigen Dachverbandes ROH und die Neugründung der „Tschechischen und Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände" (ČS-KOZ). Diese neue föderale Struktur gliederte sich in zwei Landesverbände: Der „Konföderation der Slowakischen Gewerkschaftsbünde" (KOZ SR) und der „Tschechisch-Mährischen Kammer der Gewerkschaftsverbände" (ČMKOS).

Am 9. und 10. April 1990 fand der erste Kongress der neuen slowakischen Gewerkschaftszentrale statt. Dort wurden neben dem Programm der KOZ SR weitere wichtige Dokumente angenommen. Zum ersten Vorsitzenden der Slowakischen Gewerkschaftskonföderation wurde Roman Kováč, der im Oktober desselben Jahres die Funktion des Vorsitzenden des föderalen Gewerkschaftsverbandes ČS-KOZ übernahm. Die Übergangszeit war nicht nur organisatorisch eine große Herausforderung. Mit Einführung der Demokratie kamen auch schnell marktwirtschaftliche Programme ins Land und die neuen, noch unerfahrenen Politiker agierten mit Hilfe ausländischer, meist wirtschaftsliberaler Berater. Es dauerte daher auch nicht lange bis den neuen, nun ebenfalls demokratisch legitimierten Gewerkschaften, von Seiten der Politik vorgeworfen wurde, dass sie nicht flexibel genug und noch zu sehr in ihren alten Strukturen verhaftet seien. Mit jedem Monat wurde der Druck auf die Gewerkschaften größer, da die Reformen mit einer ungeheuren Schnelligkeit vorangetrieben wurden. Viele arbeitnehmerfreundliche Bestimmungen des Arbeitsgesetzes wurden in dieser Phase der Einführung der „freien Marktwirtschaft" gegen den Willen der Gewerkschaften geopfert. Immer dann, wenn sich aus den Gewerkschaften Widerstand gegen diese Politik regte, wurden diese öffentlich als hoffnungslose Relikte der kommunistischen Herrschaft diffamiert.

Die Rolle der Gewerkschaften in der neuen demokratischen Slowakei

Neben der raschen Einführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kam es vor allem in der Slowakei zu einer Neubelebung der nationalen Institutionen und Bewegungen. Die Forderung nach einer unabhängigen Slowakei wurde insbesondere 1992 immer lauter. Dem Wunsch vieler Slowaken entsprechend, nicht jedoch durch ein Referendum legitimiert, verhandelte der slowakische Premier Vladimír Mečiar mit seinem tschechischen Gegenüber Václav Klaus über die Teilung des gemeinsamen Staates. Am 1. Jänner 1993 wurde der Traum vieler Slowaken nach einem eigenen Staat Wirklichkeit.

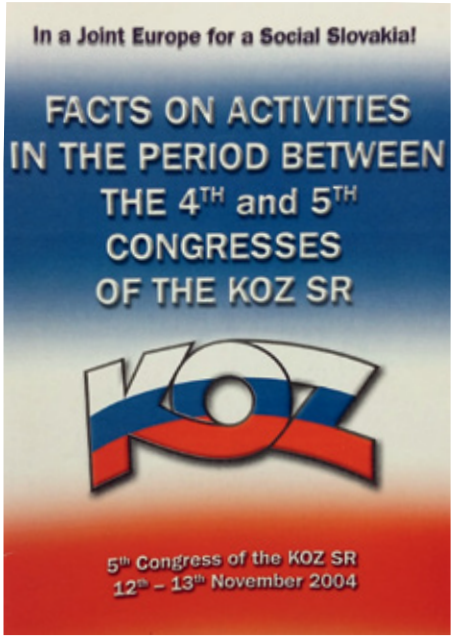
Mit der Spaltung des Landes wurde die bisherige föderale Zentrale der Gewerkschaften aufgelöst. Der slowakische Teil des vor-

maligen Dachverbandes agierte von nun an unabhängig. Auf seinem II. Kongress im Juni 1993 wurde statutarisch wie auch organisatorisch der Bruch mit dem einstigen tschechoslowakischen Dachverband festgeschrieben. Im selben Jahr wurde am 30. Oktober der „Rat für wirtschaftliche und soziale Übereinkommen" (RHSD), die slowakische Sozialpartnerschaft, aus der Taufe gehoben. Ende 1993 wurde die KOZ SR Mitglied in den internationalen Dachverbänden (IBFG und Europäischer Gewerkschaftsbund). Die Beziehungen zwischen Regierung und KOZ SR waren vor allem in der Phase der Privatisierungen ab 1994 von zahlreichen Spannungen gekennzeichnet. Statt der zuvor vollzogenen Kupon-Privatisierung (Umwandlung von Staatseigentum in Privateigentum durch Wertpapiere) wurden die Betriebe nun am freien Markt in sehr intransparenter Art und Weise verkauft. Mit der Umstellung der Wirtschaft ging auch eine drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit mit bis zu 16 Prozent einher. Die Politik der national-liberalen Regierung Mečiar wurde von den Gewerkschaften nicht nur kritisiert, sondern durch mehrfache Demonstrationen und andere Kampfmaßnahmen offen abgelehnt. Am III. Kongress der KOZ SR übergab der bisherige Vorsitzende Alojz Engliš an den jüngeren Ivan Saktor. Es wurden wichtige Beschlüsse aufgrund der aktuellen Wirtschaftsreformen angenommen.

Auch in der Regierung kam es alsbald zu einem Wechsel. Obwohl die Partei Mečiars die Wahlen im September 1998 gewinnen konnte, gelang es den Christdemokraten unter Mikuláš Dzurinda eine neue Koalitionsregierung zu bilden. Die slowakischen Gewerkschaften verlangten von der neuen Regierung eine sofortige Wiederaufnahme des zuvor unter Mečiar unterbrochenen sozialen Dialogs. Trotz des neuen Premierministers wurde die neoliberale Wirtschaftspolitik weitergeführt. Dies war für die slowakischen Gewerkschaften inakzeptabel, und im Juni 1999 wurde der Krisenzustand ausgerufen. Es folgten große Protestbewegungen gegen die Sparmaßnahmen der Regierung. Am 25. September 1999 fand eine Großkundgebung für eine soziale Slowakei statt, an der sich zehntausende Bürger beteiligten. Als 2001 die Zahl der Arbeitslosen auf über eine halbe Million Menschen anstieg, fand am 17. Oktober ein riesiger Protestmarsch unter dem Motto: „Für Arbeit und menschenwürdige Gehälter" statt. Die von der Regierung geplante Novelle des Arbeitsgesetzes zwang bereits im Februar 2002 die KOZ SR wieder zur Mobilisierung der Massen. Neben neuerlichen Kundgebungen kam es gegen die vorherrschende Politik zu Protesten im ganzen Land. Mit der Regierung sollte ein Kompromiss ausgehandelt werden, um viele der geplanten Neuregelungen im Gesetzestext zu verhindern. Leider ignorierten die Regierenden das ausgehandelte Papier und beschlossen die Arbeitsrechtsnovelle wie zuvor geplant im Parlament. Die Gewerkschaften waren damit gezwungen, weitere Kampfmaßnahmen zu beschließen und so die Regierung von ihrem Vorhaben abzubringen. Vor dem Arbeitsministerium wur-

de ein Protestcamp errichtet und am 15. März 2003 fand eine gesamtslowakische Gewerkschaftsversammlung statt, in der die Abgeordneten des Nationalrates aufgefordert wurden, gegen den Gesetzestext zu stimmen. Stattdessen sollte der Kompromiss der Sozialpartner angenommen werden. Nachdem sich die Regierung wie auch ihre Abgeordneten immer noch nicht einsichtig erklärten, wurde am 23. April 2003 mit einem Landesstreik gedroht. Doch bevor es dazu kam, wurden weitere Protestmaßnahmen durchgeführt. Unter anderem blockierten Gewerkschafter im Mai und Juni die Grenzübergänge der Slowakei. Weitere Kundgebungen und Aufmärsche folgten, führten aber nicht zum Einlenken der Regierung.

Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit der Regierung war der Beschluss der KOZ SR, eine Petition zur Abhaltung eines Referendums für die vorzeitige Auflösung des Parlaments und damit zu Neuwahlen einzubringen. Um den Willen der Gewerkschaften zu unterstreichen, fand am 26. September 2003 der historisch erste gesamtslowakische Warnstreik statt. Im Jänner 2004 konnten dem Präsidenten der Slowakischen Republik die gesammelten Petitionslisten übergeben werden, dennoch wurde das Referendum abgesagt und der dafür erforderliche Antrag für ungültig erklärt. Die Regierung hatte den Machtkampf mit der Gewerkschaft gewonnen und revanchierte sich mit einer Änderung der Gesetze für die Sozialpartnerschaft. Der bisherige tripartitäre „Rat für wirtschaftliche und soziale Übereinkommen“ wurde zu einem Beratungsorgan der Regierung degradiert. Da es mit der bisherigen Regierung keine Gesprächsbasis mehr gab, gab der Gewerkschaftsbund, nach längeren Gesprächen mit allen Wahlwerbern, eine Wahlempfehlung für die oppositionelle Sozialdemokratische Bewegung SMER ab. Tatsächlich ging dieser Plan auf und Róbert Fico konnte mit zwei kleineren Parteien eine sozialdemokratisch geführte Regierung bilden. Der Dank der Sozialdemokraten ließ nicht lange auf sich warten und so wurde die KOZ SR aufgefordert, sich aktiv

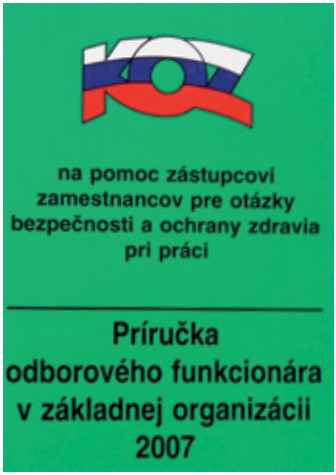


Bericht über die Arbeit der slowakischen Gewerkschaften zwischen den Kongressen in englischer Sprache (2004).

Das Interesse in Österreich über die Entwicklungen im Nachbarland Slowakei waren und sind seit der Öffnung des Landes sehr groß. 2004 veröffentlichte der ÖGB diese Broschüre zum Arbeitsrecht der Slowakei.

an der Formulierung des Regierungsprogramms zu beteiligen. Auch wurden Gespräche über die Novellierung des von der alten Regierung beschlossenen neoliberalen Arbeitsgesetzbuches mit der neuen Arbeits- und Sozialministerin Viera Tomanová aufgenommen. 2007 gelang es dann, mit der neuen Mehrheit im Nationalrat, das bisherige Gesetz zu ändern und besser an die Bedürfnisse der Arbeitnehmer anzupassen. Besonders die Rechte bei Kollektivvertragsverhandlungen wurden im neuen Gesetz gestärkt.

Am VI. Kongress der Konföderation der Slowakischen Gewerkschaftsbünde (KOZ SR) im November 2008 wurde ein neuer Präsident, Miroslav Gazdík, gewählt und in zahlreichen Resolutionen auf die immer noch großen sozialen Probleme im Land hingewiesen. Neben der Forderung nach einem Dialog der Generationen wurden auch die Erhöhung der Mindestlöhne, der verbesserte Schutz der Arbeitnehmer wie auch die Stärkung der Demokratie im Land gefordert. Die ab 2009 einsetzende Weltwirtschaftskrise traf auch die Slowakei hart. In verschiedenen Arbeitsgruppen und bei zahlreichen Verhandlungen versuchten die Gewerkschaften sozial gerechte Lösungen mit der Regierung zu vereinbaren. Für die im Juni 2010 bevorstehenden Nationalratswahlen beschloss der KOZ-Vorstand,



Broschüre des Dachverbandes KOZ „Gewerkschaftliche Führungsfunktion in der Grundorganisation – 2007“.

KOZ-Präsident Ivan Saktor (Bildmitte) im Gespräch mit der Vorsitzenden des Verbandes der integrierten Gewerkschaften, Marta Brodzianska und dem Vorsitzenden der Metallarbeiter, Emil Machyna.

die Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Premier weiterzuführen. Eine entsprechende Wahlempfehlung brachte aber nicht den erhofften Erfolg. Obwohl Róbert Fico mit seiner Partei SMER stärkste Kraft im Land wurde, gelang es diesmal den oppositionellen Christdemokraten mit anderen Parteien, eine neue Regierung zu bilden. Neuerlich brachte eine neoliberale und gewerkschaftsfeindliche Wirtschaftspolitik die KOZ SR stark unter Druck. Am 12. Oktober 2010 fanden daher wieder große Protestkundgebungen gegen die Regierung statt. Die positiven Reformen im Arbeitsgesetzbuch wurden trotz aller Kampfmaßnahmen durchgesetzt und die Sozialpartnerschaft nur noch pro forma weitergeführt. Auch lehnte Premierministerin Iveta Radičová die Erhöhung der niedrigen Mindestlöhne ab und wollte das Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz auflockern. Durch ein Misstrauensvotum stürzte die rechtsliberale Regierung. Bei den folgenden Neuwahlen am 10. März 2012 erlangten die Sozialdemokraten einen triumphalen

KOZ Präsident Jozef Kollar (rechts) bei einer Fotokampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes für bessere Sicherheit und besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2014).

Wahlerfolg mit über 44 Prozent der Stimmen. Damit bildeten sie eine Alleinregierung unter Premier Fico. Noch im selben Jahr wurden die meisten Funktionäre aufgrund der „Grausamkeiten" der Vorgängerregierung in ihrer Kooperation mit den Gewerkschaften und den Sozialpartnern ihrer Ämter enthoben. Trotz der wiedererlangten guten Gesprächsbasis mit den Ministerien kaum es infolge der Sparmaßnahmen der Regierung dennoch zu Streiks und Protesten im öffentlichen Dienst. Nach weiteren Verhandlungen erfolgten schließlich Zugeständnisse der Sozialdemokraten. Gehaltserhöhungen für Lehrerinnen und Lehrer wie auch bessere Kollektivverträge für alle öffentlich Bediensteten konnten durchgesetzt werden.

Im Oktober 2012 wurde am VII. KOZ SR Kongress mit Jozef Kollár ein neuer Präsident gewählt. Eine dringend notwendige Novellierung der Statuten wurde vorgenommen, um die Schlagkraft des Gewerkschaftsdachverbandes nachhaltig zu verbessern. Im Jahr 2013 konnten mit der

Protestmarsch der slowakischen Gewerkschaften für eine Novelle des Arbeitsgesetzbuches (2015).

Regierung weitere Verbesserungen für die Arbeitnehmer ausgehandelt werden. Darunter befand sich auch ein Gesetz über die Arbeitskräfteüberlassung, die Novellierung der Bestimmungen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, eine Reform des Arbeitsinspektorrats zu Gunsten der Arbeitnehmer, die Erhöhung des Mindestlohns und letztlich die Erweiterung der Verbindlichkeit von Kollektivverträgen. Auch die darauf folgenden Jahre sind von einer guten Zusammenarbeit zwischen KOZ SR und der Regierung geprägt. Es gelang den slowakischen Gewerkschaften wieder zu einem realpolitischen Faktor in der Politik zu werden. Trotz dieser Erfolge warten aber viele Herausforderungen auf die slowakischen Gewerkschaften: Die Mitgliederentwicklung ist noch immer stark sinkend, kleinere Branchengewerkschaften (KOZ SR hat 28 Teilgewerkschaften) sind oft nicht bereit, sich zu stärkeren Verbänden zu fusionieren. Die finanziellen Mittel liegen mehrheitlich in den Grundorganisationen, und es gibt kaum Unterstützung für den Dachverband. Mit diesen Aufgaben stehen

die slowakischen Gewerkschaften nicht alleine da. Auch in anderen Reformstaaten Europas sind die Organisationen der Arbeitnehmer genauso stark gefordert. Das Image der Gewerkschaften aus der Zeit des Kommunismus lastet bis heute stark auf den nunmehr demokratischen Strukturen. Die slowakischen Gewerkschaften arbeiten deshalb sehr hart daran, diese Paradigmen zu ändern und den Menschen im Land den Wert einer starken und unabhängigen Vertretung der Arbeitnehmer aufzuzeigen.

Bibliographie

Dean, Robert W.: Naionalism and Political Change in Eastern Europe: The Slovak Question and the Czechoslovak Reform Movement, Denver 1973

Gebhart, Jan/ Simovcek, Jan: Partisanen in der Tschechoslowakei 1941 bis 1945, Berlin 1989

Gosiorovský, Miloš: Dejiny Slovenského Robotníckeho Hnutia (1848-1918), Bratislava 1956

Hanzlíček, Karol: Spomienky na začiatky robotníckeho hnutia v Bratislave, Bratislava 1970

Hapak, Pavel: Anmerkungen zur Bedeutung der Migration der Arbeiterschaft in der Slowakei bis zum Jahre 1918. IN: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Arbeitsmigration und Arbeiterbewegung als historisches Problem. ITH-Tagungsberichte, Band 23, Wien 1987

Hapak, Pavel: Zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in der Slowakei (die Jahre 1848-1890). IN: Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Historica XIV, Prag 1967

Hrdlicka, Otokar: Zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der CSFR, Prag 1992

Hubenak, Ladislav: Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in der Slowakei bis zum Jahr 1917. IN: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Arbeiterparteien und Gewerkschaften vor 1917. ITH-Tagungsberichte, Band 11, Wien 1979

Institut für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Hrsg.): Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1962, Berlin 1983

Kodytková, Anna: 1919. Vzpomínky na Maďarskou a Slovenskou sovětskou republiku, Praha 1956

Kovac, Dusan/ Suppan, Arnold/ Hrabovec, Emilia (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und die Slowaken 1849-1867, Bratislava 2001

Kuhn, Heinrich: Zeittafel zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, München 1973

Lipscher, Ladislav: Die Juden im Slowakischen Staat 1939-1945, München, Wien 1980

Novak, Miloslav: Tschechen und Slowaken im Kampf gegen den Faschismus 1938-1945, Prag 1981

Piatko, Bohuslav (Hrsg.): 50th Anniversary of the Slovak National Uprising. Slovakia No. 7, Vol. II, 1994, Bratislava 1994

Plevza, V.: Prehlad dejin KSC na Slovensku, Bratislava 1971

Pokorny, Jiri: Aus der Geschichte der Tschechischen Gewerkschaftsbewegung, Wien 2011

Venohr, Wolfgang: Aufstand in der Tatra. Der Kampf um die Slowakei 1939-44, Königstein 1979

Vietor, Martin: Slovenská Sovietská Republika. Prvý pokus o nastolenie diktatúry proletariátu na území Československa, Bratislava 1959

Westmoreland County Historical Society (Hrsg.): Westmoreland History Magazine – Summer 2005, Greensburg 2005

Westmoreland County Historical Society (Hrsg.): Westmoreland History Magazine – Spring 2011, Greensburg 2005